

Er scheint täglich außer Montags... Preis pr. Quartal... Einzelne Nummer...

Vormärts

Infektions-Gebühr beträgt für die... Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Verleger: Amt 1, Nr. 1508, Telephonum-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2. | Dienstag, den 20. November 1894. | Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Attentat auf das allgemeine Wahlrecht.

Paris, 16. November 1894.

Das allgemeine Wahlrecht, das die Legitimisten in Frankreich nach der Revolution von 1830 zuerst forderten...

Zu allen Zeiten hat man sich diesseits der Vogesen des allgemeinen Wahlrechts zu Protesten gegen die herrschende Regierung bedient...

Diese Art des allgemeinen Stimmrechts, die Zerrhümer der jederzeitigen Minister wieder gut zu machen, wird den herrschenden Klassen lästig.

Aber das allgemeine Stimmrecht hat noch andere Unannehmlichkeiten. Jüngst nahm sich der Generalrat des Departements der Rhonemündungen...

Die Angelegenheit dieser Beamten wurde gestern von dem Sozialisten Carnaud vor die Kammer gebracht...

Mitglied des Generalrats der Rhonemündungen das Mißfallen der Regierung erregt hatte. Das Ministerium fürchtete von der Kammer getadelt zu werden...

Deputierte, die nicht zu den Bedienten gehören, gaben dem Ministerium ihre Billigung; und ein Radikaler, der Handelsminister gewesen ist, Herr Terrier, erklärte...

Die kapitalistischen Abgeordneten verlangen, daß die drei oder vierhunderttausend Staatsbeamten außerhalb des allgemeinen Stimmrechts gestellt werden sollen...

Aber alles ist möglich. Die Majorität hat mit ihrer Tagesordnung den glühenden Wunsch offenbart, ein Attentat auf das allgemeine Stimmrecht zu begehen...

halb ihres geschäftlichen Wirkungskreises absolut frei seien und das Recht hätten, die politische Freiheit ihrer Angehörigen zu unterdrücken...

Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag.

Die „Frankfurter Tagespost“, das Organ des Genossen Grillenberger, enthält die folgenden Ausführungen zur Rede Bebel's:

In einer Berliner Parteiverammlung hat Bebel eine Rede gehalten, wobei ihm wieder einmal „der Gaul durchgegangen“ ist, wie ihm dies öfters passiert...

Darauf folgte eine dringende Einladung, irgend ein Kapitel der heiligen Schrift nachzulesen.

Als er an einem Stief für junge Mädchen vorüberging, war er überrascht, von einem Chor heller Stimmen die Marzellaire singen zu hören...

Als er eines Tages in einem Band Daudet blätterte, den er sich aus einer Bibliothek geholt hatte, fand er, daß alle Worte wie „Teufel!“, „meiner Tren!“...

Er war schließlich neugierig, wo diese Leidenschaft, für die Erbauung von Heuten seines Schlags zu sorgen, wohl aufhören werde...

„Traue auf den Herrn. Seine Hilfe wird Dir niemals mangeln.“

Ein Knallbonbon, den er am Ende eines Soupers öffnete, überraschte ihn mit dem Sprüche:

„Gott selbst hat es uns ins Herz geschrieben, daß wir ihn lieben und anbeten sollen.“

Bei einer Abendgesellschaft, die an einem Sonnabend stattfand, ließ der Herr des Hauses, nachdem es Mitternacht

Feuilleton.

Im Exil.

Roman von Georges Renard. Autorisierte Uebersetzung von Marie Ruert.

Gabe ich Ihnen weh gethan, sagte René, der, wie von einem plötzlichen Stoß emporgeschleudert war...

O nein! antwortete sie, und erröthete noch mehr, während René fühlte, daß er, von ihrer Verwirrung angefaßt, auch roth wurde.

Er war ärgerlich auf sich selbst wegen dieser Verwirrung, die ihm lächerlich erschien. Glücklicherweise hatte Niemand Zeit, sich darum zu bekümmern...

Ein Winger that so, als wollte er sie verfolgen. In dem Augenblick, wo sie sich, ohne großen Widerstand zu leisten, fangen ließ, schob man ihr den kleinen Henri in die Arme...

Das ist mir gleich, dachte sie, aber dieser Herr Messant ist für einen Franzosen gerade nicht sehr galant...

In diesem Augenblick war sie nahe daran, den Worten zu glauben, die sie wenige Tage zuvor von einem Deutschen gehört hatte...

René hatte sich in seiner neuen Existenz bereits zurecht gefunden. Sechs bis sieben Unterrichtsstunden täglich mit den Privatstunden, die er gab, um sein lärgliches Gehalt

etwas zu erhöhen; eine ganz neue Arbeit für ihn, die er immer gewissenhaft erledigen wollte; die unauslöschliche Anstrengung, die es ihn kostete, seinen Geist von den wissenschaftlichen Studien, an die er bisher gewöhnt war...

Als ein echtes Kind der gottloosen Stadt der Welt hatte er schon seit langem den letzten Rest seines katholischen Glaubens verloren. Nun war er überrascht, als er entdeckte, welchen riesigen Platz die Religion in diesem protestantischen Lande einnahm.

Am Sonntag war er zur Zeit des Gottesdienstes melancholisch in den schweigenden, einsamen, fast toten Straßen der Stadt umhergerirrt...

Habt Acht! Irret Euch nicht: Gott läßt seiner nicht spotten. Was der Mensch sät, das wird er ernten...

liegenden Ansichten mit dem Parteiprogramm verwechselt. Wir sind uns bewußt, seit mehr als zwei Jahrzehnten immer die Politik vertreten zu haben, die wir auch heute verfolgen; wir haben immer das erhebende Ziel der Sozialdemokratie vor Augen, nie zu den „Himmelfahrern“ gehört, die mit dem Kopf durch die Wand wollen und durch fanatische Prinzipienreiterei der Partei mehr schaden, als sie ihr auf andere Weise nützen; wir müßten es aber auch als eine Verdächtigung zurückweisen, wenn uns jemand des Opportunismus oder der „Verwässerungspolitik“ beschuldigen würde. Wir kennen weder eine „Partei Bebel“, noch eine „Partei Vollmar“, sondern einfach eine sozialdemokratische Partei. Dabei haben wir uns stets auf den Standpunkt gestellt, daß in bezug auf die Taktik der Parteigenossen der einzelnen Landschaften ein möglichst weites Spielraum gelassen werden muß, da von einer Zentralstelle aus, und stünde an der Spitze derselben auch ein prophetisches Universalgenie, die örtlichen und sonstigen Verhältnisse niemals so überschaubar und beurteilbar werden können, wie von den betreffenden Parteigenossen selbst. — Wenn wir also auf die von Bebel gebrauchten Redewendungen, die jeglichen berechtigten Grundes entbehren, absolut nicht eingehen, so erlauben wir uns aber doch zu bemerken, daß es eine direkte Verkennung der Aufgaben des Parteivorstandes ist, wenn Bebel sagt: „Wenn die Dinge so weiter gehen, ist es das Gerathenste, Vollmar zum Leiter und Chef der Partei zu machen, dann wird man sehen, wohin wir steuern.“ Damit spricht Bebel unumwunden aus, nicht der Parteitag, sondern der Parteivorstand, eventuell er (Bebel) habe die Direktiven, die Richtschnur für die Partei zu geben. Wir verwahren uns auf das Allerentchiedenste gegen eine derartige Auffassung und geben dem Genossen Bebel zu bedenken, daß die sozialdemokratische Partei nicht das russische Reich ist und daß die Genossen ein autokratisches Regiment einfach nicht dulden werden. Wozu noch Parteitage, wenn der Vorstand oder ein Einzelner, dem die Beschlüsse derselben zufällig nicht passen, sie in einer die tiefste Erbitterung in den Kreisen der beteiligten Genossen hervorrufenden Weise angreifen, ja misshandeln oder gar ungerührt über den Haufen werfen darf? Der Parteitag soll die Instanz sein, welche alle Streitigkeiten schlichtet, Bebel aber nimmt für sich das Recht in Anspruch, den Parteitag selbst zum Zankapfel innerhalb der Partei zu machen. Bebel hat eine, von der Berliner Versammlung dann auch akzeptierte, Resolution vorgeschlagen, in welcher die Beschlüsse des Parteitages in der bayerischen Angelegenheit „bedauert“ (d. h. in diesem Falle getadelt) werden und gegen einen Artikel der „Münchener Post“, welcher angeblich partikularistische Tendenzen gewesen sei, „protestirt“ wird. Zur Begründung dieser Resolution sagte Bebel: er habe das Gefühl, daß eine Warnung ertheilt werden müsse und deshalb bitte er, die Resolution anzunehmen. Wir erklären es für eine Ueberhebung ohne Gleichen, wenn ein einzelner Genosse, und heiße er auch August Bebel, in solchem Tone sich äußert, und wir erklären es weiter für eine grobe Annäherung, die in der ganzen Partei den entschiedensten Widerspruch hervorrufen muß, daß eine Parteiversammlung in einem beliebigen Berliner Wahlkreise „Warnungen“ an die Gesamtpartei erlassen zu müssen glaubt. Dazu hat einzig und allein der Parteitag das Recht, der von denselben Leuten bei jeder Gelegenheit angerufen und mit Anträgen überhäuft wird, dessen Entscheidungen sie aber misshandeln, wenn sie nicht in ihren Kränzen passen. Bebel spielte, um die internationale Gefinnung der bayerischen Genossen lächerlich zu machen, einen gegen dieselben gerichteten Schandartikel des Berliner Anarchistenblattes als richtig (!) aus und ahnte ferner die Geschmacklosigkeit nach, welche Kautsky in Frankfurt begangen, nämlich zu sagen: „die bayerischen Genossen erinnerten sich nur dann der Gesamtpartei, wenn sie Geld bräuteten!“ Die bayerischen Genossen tragen durch ihr Abonnement relativ ebenso viel zu den Vorwärts-Ueberschüssen bei, als denen die Parteikasse hauptsächlich dotirt wird, wie die Genossen anderer Landesheile. Und wenn sie weniger an direkten Beiträgen leisten, so liegt dies eben wesentlich an dem überwiegend landwirtschaftlichen Charakter des Landes, der es mit sich bringt, daß wir weniger „organisirte Genossen“ haben, als solche Gegenden, in denen die rein industrielle Bevölkerung nicht so dünn gesät ist, wie im größten Theile Bayerns. Außerdem aber zahlen wir Jahr aus Jahr ein die Kosten für die in Folge der weitverzweigten Tournen ziemlich kostspielige Agitation selbst, haben auch zu unseren Landtags-Wahlen keinen Pfennig von Berlin erhalten, während die Sachsen zu diesem Behufe stets unterstützt wurden, und es hat noch keine einzige Agitationstour durch das „zurückgebliebene“ Bayern auf Kosten der Parteikasse stattgefunden. Man hätte es sich daher wahrhaftig ersparen können, mit den paar Tausend Mark, die für Preßzwecke nach einigen bayerischen Städten gekommen sind, wiederholt did zu thun, während in geradezu verschwenderischer Fülle seit Jahren norddeutsche Lokalblätter subventionirt werden. Und bei einem solchen erschlafften Standpunkt glaubt man ein Recht zu haben, über „Partikularismus“ im Süden zu raisonniren?! — Auch die Frankfurter Beschlüsse, die Agrarcommission betreffend, gefallen Bebel nicht, obwohl er ihnen selbst zugestimmt hat und er zieht in denbar schärfster, fast gebäufiger Weise darüber her. Sehr erklärlich, hat doch Vollmar dabei einen Erfolg gehabt! Bei dieser Stellungnahme Bebel's aber handelt es sich nicht um ein Frontmachen allein gegen Vollmar, sondern auch gegen den anderen Referenten und gegen die erdrückende

Majorität des Parteitages, ebenso auch, wie in der Versammlung von Seiten Ledebour's hervorgehoben wurde, gegen Kautsky, welcher in seinem Besideben zum Erfurter Programm in bezug auf den kleinbäuerlichen Besitz einen Standpunkt vertritt, der hundert Meilen weiter rechts steht, als die Frankfurter Agrar-Resolution. — Alles in allem können wir indes sagen, daß wenn uns auch das Auftreten Bebel's in Berlin, welches ganz und gar den Traditionen unserer Partei widerspricht, nicht ammißet, wir dasselbe doch zunächst nicht allzu tragisch nehmen. Wer das Temperament Bebel's kennt, weiß, daß er, wenn seine Aufregung vorbei, sein Kerger verrückt ist, sich selbst Vorwürfe darüber macht, daß er Dinge geredet hat, die er bei anderen Parteigenossen als „Dummheiten“ bezeichnen würde. Freilich ist es nicht Jedermanns Sache, sich Derartiges auf die Dauer gefallen zu lassen. Ob es die Partei dauernd ertragen wird, ist eine Frage, die wir, weil wir bei den Bebel'schen Angriffen als Interessirt gelten, nicht selbst beantworten wollen. Niemand in der Partei denkt an eine Spaltung, nur Bebel malt fortgesetzt zum Gaudium unserer Gegner dieses Gespenst an die Wand. Das selbst Kautsky und Fischer in der Berliner Versammlung seinen maßlosen Uebertreibungen entgegenzutreten mußten, könnte ihm ein Fingerzeig sein, daß alles endlich einmal eine Grenze haben muß.

In Antwort auf vorstehende Erklärung der „Frankl. Tagespost“ schreibt uns Genosse Bebel:

Die vorstehenden Auslassungen der „Frankl. Tagespost“, die von Grillenberger herrühren — dafür spricht ihr Ton — zeichnen sich, wie man das bei ihm gewohnt ist, weit mehr durch un-bayerische Grobheit und fähige Unterstellungen, als durch Logik und sachgemäße Widerlegung aus. Grillenberger wirft mir „Eigensinn“, „Geschmacklosigkeit“ und „Ueberhebung ohne Gleichen“ vor, ich erwidere ein „autokratisches Regiment“ und „setze mich über die Parteitagsbeschlüsse hinweg“. Der Parteivorstand des 2. Berliner Wahlkreises, die, wie ich, von dem Recht der Kritik und der Meinungsäußerung über die Zustände in der Partei und die Haltung des Parteitages Gebrauch gemacht hat, ein Recht, das niemand weniger sich nehmen läßt als Grillenberger, wirft er „grobe Annäherung“ vor. Eine Fülle von Liebenswürdigkeiten, wie sie Grillenberger stets, wenn er in seiner Bereserkerrichtung ist, sich zu schulden kommen läßt.

Dabei ist sehr lehrreich für diese Kampfesweise, daß die „Frankl. Tagespost“ es bisher verschmähte, ihren Lesern einen Bericht jener Verhandlungen mitzutheilen, so daß die Leser des Blattes die Grillenberger'schen Entstellungen als den Thatfachen entsprechend ansehen müssen. Aber das ist keine Bevormundung, kein Streben nach „autokratischem Regiment“, bewahre.

Es macht auf mich einen erheiternden Eindruck, daß der Mann mir Hinwegleitung über die Beschlüsse des Parteitages vorwirft, der in Frankfurt wiederholt in seiner Rede und durch Zwischenrufe aufs nachdrücklichste erklärte, einem Beschlusse, wenn derselbe im Sinne des von einer Anzahl Genossen und mir gestellten Antrags ausfalle, sich nicht fügen zu wollen. Ich habe mit keiner Silbe erklärt, die Beschlüsse des Parteitages für nicht bindend anzusehen, ich habe vielmehr das Gegentheil ausgesprochen, aber ich habe mir das Recht genommen, was jeder von uns hat, die Beschlüsse und die Haltung des Parteitages zu kritisiren, und ich werde von diesem Rechte der Kritik rückhaltlos Gebrauch machen, so oft ich das für nothwendig halte. Beschab diesmal meine Kritik in einer Weise, die Grillenberger und Genossen nicht gefiel, so will ich bekennen, daß dies auch nicht der Zweck derselben war. Was ich gethan habe, habe ich mit Vorbedacht gethan, muß aber sehr bitten, mir nicht Ausdrücke und Anschuldigungen in den Mund zu legen, die ich nicht ausgesprochen habe. So läßt z. B. der Artikel Grillenberger's mich sagen, daß ich die bayerischen Parteigenossen kurz Spießbürger genannt hätte, was eine grobe Fälschung meiner Worte ist.

Wie weit meine Sehnsucht nach „autokratischem Regiment“ geht, beweist meine Aeußerung, daß ich in Frankfurt zwei Tage entschlossen gewesen bin, kein Mandat für die Parteiteilung wecheln anzunehmen und wenn ich dies schließlich dennoch auf Zutrudel mehrerer Freunde gethan, ich doch unsicher sei, ob ich es auf die Dauer behielte.

Wer so spricht, dem kann man alles andere als „autokratische Geflüster“ vorwerfen, ich bleibe was ich bin, auch wenn ich eines Tages die Würde dieses Amtes abschüttelte, und sie einem anderen übertragen würde. Zum Lachen reizt es aber, wenn Grillenberger in den Worten: „Wenn die Dinge so weiter gehen, ist es das Gerathenste, Vollmar zum Leiter der Partei zu machen, dann wird man sehen, wohin wir steuern“, die Ansicht von mir erblickt, nicht der Parteitag, sondern der Parteivorstand, eventuell er (Bebel) habe die Direktiven, die Richtschnur für die Partei zu geben.“ Daß Grillenberger solche Sätze niederschreiben konnte, zeigt mir, daß er trotz seiner langen Thätigkeit im öffentlichen Leben noch nicht weiß, daß es eine ganz selbstverständliche Forderung ist, die Leitung der Geschäfte eventuell jenen zu übertragen, die in ihren Anschauungen den Intentionen der Mehrheit entsprechen.

Man mag dem Parteivorstand alles Mögliche nachsagen, des Versuches, in Dinge sich zu mischen, die ihn nichts angehen, oder des Versuches, ein „autokratisches Regiment“ einzuführen, kann ihn niemand in der Partei überführen, auch mich nicht. Wohl aber ließen sich Beweise dafür beibringen, daß die Parteiteilung von Besugnissen, die sie unbedrungen hat, keinen Gebrauch machte.

Das Schreien über unberechtigte Einmischung in „bayerische Eigenthümlichkeiten“ wird erst erhoben, seitdem aus der Mitte der Partei, nicht aus der Mitte der Parteiteilung, die Anregung gegeben wurde, eine gemeinsame Richtschnur für das Handeln der Genossen in den Parlamenten für einen gewissen Fall aufzustellen. Daß die Partei das Recht hat, ihre Taktik für alle ihre Glieder zu bestimmen, ist seit dem Bestehen der Partei niemals bestritten worden, das wurde stets als selbstverständlich angesehen und ist auch zuletzt auf dem Erfurter Parteitag einstimmig, also mit Einschluß der bayerischen Delegirten, die dort anwesend waren, anerkannt worden.

Daß dagegen die Partei kein Recht habe, sich in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Länder einzumischen, ist ein Standpunkt, der mit der bekannnten Rücksichtslosigkeit dieses Jahr zum ersten Male vertreten wurde, und der Parteitag war schwach genug, vor einer klaren Entscheidung zurück zu schrecken. Dieser Schwachheit sage ich ihn immer und immer wieder an. Wenn jemals das principielle obsta (Nüte dich vor dem ersten Schritt) am Plage war, so hier, und der Verlauf der Entwicklung wird zeigen, wohin dieses Nachgeben an die rückständigen partikularistischen Gesichtspunkte und Vorurtheile führt. Die Ansprache der „Münchener Post“, die ich in der hiesigen Versammlung anführte, sind, neben anderen Symptomen, der Beweis, daß man auf die Bildung einer speziellen bayerisch-sozialdemokratischen Partei hinsteuert, die mit der Gesamtpartei in möglichstem losen Verbande steht. Daß Grillenberger in ebensolchem Glauben dies bestrittet, glaube ich ihm. Aber er gehört zu den Leuten, die, trotz ihrer Intelligenz, oft über des Nächstegelegende hinweggehen, es dann aber auch nicht sehen wollen, selbst wenn man sie mit der Nase darauf rührt. Bei Grillenberger geht manchmal der Bayer mit dem Sozialdemokraten durch. Das erklärt vieles.

Den besonderen Unwillen Grillenberger's hat meine Bemerkung hervorgeworfen, daß bei der Kritikirung des rückständigen Partikularismus es schließlich dahin komme, daß man sich der Gesamtpartei nur noch erinnere, wenn man Geld brauche.

Er antwortet: „An den Ueberschüssen des Vorwärts“, an denen die Parteikasse hauptsächlich dotirt werde, zahlten sie in Bayern relativ ebenso viel, als die Genossen anderer Landesheile (! D. Verf.); sie zahlten ferner die in Bayern besonders

kostspielige Agitation selbst; für die Landtags-Wahlen habe man ihnen keinen Pfennig gezahlt, während die Sachsen zu diesem Behufe stets unterstützt wurden, es habe auch noch keine einzige Agitationstour durch das „zurückgebliebene“ Bayern auf Kosten der Parteikasse stattgefunden. Man hätte es sich daher wahrhaftig ersparen können, mit den paar Tausend Mark, die für Preßzwecke nach einigen bayerischen Städten gekommen seien, wiederholt did zu thun.“

Als ich das las, sagte ich mich an den Kopf und frug mich, ob der Schreiber jener Zeilen der Troste sei. Weder Kautsky noch ich haben mit jener Bemerkung über die den bayerischen Genossen gewährten Hilfsleistungen der Gesamtpartei „did thun“ wollen. Es handelte sich für uns nur darum, dem jetzt so energisch vertretenen Partikularismus gegenüber, der sich jede Einmischung in Landes-Angelegenheiten verbietet, daran zu erinnern, daß man diese Haltung verleihe, wenn man die Hilfe der Gesamt-Partei brauche. Um nichts weiter. Was Bayern von der Gesamtpartei erhalten hat, weiß Grillenberger so gut wie ich, daher ist seine wegwerfende Kritik einfach unbegrifflich. Da er sie aber übte, so sei doch daran erinnert, daß die „Münchener Post“, die vor dem Untergang stand, vor etwa 2 Jahren allein 12 000 M. erhielt und einer ihrer Redakteure über Jahr und Tag einen Zuschuß pro Monat von 120 M. als „Agitationsbeitrag“ bekam; Preß-Unterstützungen im Betrage von zusammen mehreren Tausenden gingen ferner an mehrere andere bayerische Orte, über 10 000 M. wurden für die Reichstags-Wahlagitation nach Bayern gezahlt; für andere Agitationszwecke wurden mehrere Male mehrere hundert Mark bewilligt; erhebliche Beträge wurden an Unterstützungen für gemäßigtere Genossen nach Bayern geschickt, dergleichen wurden viele tausend Broschüren auf Kosten der Gesamtpartei in Bayern vertheilt. Endlich zählt auch die Diäten der bayerischen Reichstags-Abgeordneten die Gesamtpartei. Allen diesen Ausgaben steht eine kaum nennenswerthe Einnahme aus Bayern gegenüber.

Daß die Partei feinerzeit auch für das Nürnberg'sche Geschäft mit ganzer Kraft eintrat, als dasselbe schwere Zeiten zu überwinden hatte, weiß Grillenberger ganz genau. Seine Auslassungen entsprechen also nicht der Wahrheit und den Thatfachen. Auf welcher Seite hiernach die „Geschmacklosigkeit“ ist, die Grillenberger Kautsky und mir vorwirft, überlasse ich der Beurtheilung der Leser.

Die Art, wie Grillenberger polemisiert, bezeugt auch der Sach, in dem er behauptet, Kautsky vertrete in seinem „Beitrag zum Erfurter Programm“ einen Standpunkt, der 100 Meilen weiter rechts stehe als die Frankfurter Agrarresolution. Ueber die Agrarresolution wurde aber, wie die Berichte zeigen, hier nur nebensächlich gesprochen. Ledebour bezog sich auf die Ausführungen der Referenten und behauptete, daß auch Kautsky einen falschen Standpunkt in der angezogenen Schrift einnehme. Wie ich mich nun nachträglich überzeugt habe, hat Kautsky in seiner Schrift dem Prinzip durchaus nichts vergeben, wie der Abschnitt „Die Konstitution des Eigenthums“ auf Seite 147—153 und im Abschnitt „Die Sozialdemokratie und das Volk“ die Seiten 254—259 beweisen. Das hält aber Grillenberger nicht ab, sich zu behaupten, Kautsky stehe 100 Meilen rechts von der Frankfurter Resolution. (Siehe Kautsky's Brief weiter unten! D. Verf.)

Am Schluß seines Artikels sagt Grillenberger: „Ich malte das Gespenst der Spaltung an die Wand.“ Auch das ist eine jener Uebertreibungen, die nun einmal bei ihm unvermeidlich sind. Nicht ein Wort steht in meiner Rede, das so ausgelegt werden kann. Was die Gegner aus meinem Auftreten schließen, ist deren Sache.

Daß die Gegner seit Jahren diesen Gedanken hegen und pflegen, ist nicht meine Schuld, sondern ist die Schuld jener Seite, die seit Jahren der Partei eine neue Taktik empfiehlt und die Verwässerungspolitik betreibt und Grillenberger weit näher steht als mir. Zur Warnung vor einem Wege, den ich für falsch und verhängnisvoll halte, habe ich genau so das Recht wie jene, die den in meinen Augen falschen Weg gehen und empfehlen.

Schließlich glaubt Grillenberger einen Gegensatz zwischen den Ausführungen Kautsky's und Fischer's und den meinen konstruiren zu können. Er dürfte mit dieser Auffassung bei jenen schwerlich Gegenliebe finden, wenn aber dieser schwache Trost ihm, dem Trostbedürftigen genügt, so will ich ihm diesen Trost nicht nehmen. Ich ersuche ihn aber, künftig, wenn er mich wieder angreifen oder widerlegen will, sich erst anzusehen, was ich gesagt oder geschrieben habe. Das kann ich von jedem anspruchsvollen Menschen, geschweige von einem Parteigenossen verlangen.

Berlin, den 19. November 1894.

A. B e b e l.

Vom Genossen K a u t s k y geht uns nachstehendes Schreiben zu: Stuttgart, den 17. November 1894.

Werther Genosse!

Wie ich eben aus dem Bericht über die Versammlung im 2. Berliner Wahlkreise („Vorwärts“, 16. November) ersehe, hat Genosse Ledebour konstatiert, daß das, was Schöenlant und Vollmar in der Agrardebatte gesagt haben, auch Kautsky bereits in seinen Erklärungen zum Erfurter Programm ausgesprochen habe, nämlich, daß in der sozialistischen Gesellschaft der kleinbäuerliche Besitz erhalten bleiben solle.

Gegen diese „Konstitution“ muß ich auf das Entschiedenste protestiren; sie ist, wenn wirklich in dieser Form vorgebracht, eine grobe Unrichtigkeit.

Ich sage in meiner Schrift über das „Erfurter Programm“, S. 152: „Der Kleinbetrieb ist dem Untergang unrettbar verfallen.“ Aber, sage ich hinzu, der Sozialismus hat schmerzlosere Mittel, den Sieg des Großbetriebs durchzuführen, als die kapitalistische Gesellschaft. „Nur in einer sozialistischen Gesellschaft bedeutet die unvermeidlich gewordene Auflösung der bäuerlichen Landwirtschaft und des Handwerks eine Hebung der Lage der Bauern und Handwerker.“

Ledebour's Mißverständnis rührt wohl daher, daß ich erklärt habe, wir bedürften nicht der Konstitution des bäuerlichen Eigenthums, wir könnten das Privateigenthum der Bauern ruhig anerkennen, die Vortheile des sozialistischen Großbetriebs wären so groß, daß die Bauern freiwillig zu dessen Gunsten ihr Eigenthum aufgeben würden. Aber ich habe nie behauptet, daß die bäuerliche Betriebsform eine Zukunft habe oder daß wir ihr unter die Arme zu greifen hätten. Ich sage ausdrücklich zum Schluß des „Erfurter Programm“ S. 259: „den Handwerkern und Bauern als Produzenten unter Beibehaltung ihrer rücksichtigen Betriebsweisen zu helfen, widerspricht dem Gang der ökonomischen Entwicklung und ist undurchführbar.“ Und früher schon, S. 254: „Den Handwerkern und Bauern Abregeln in Aussicht stellen, durch welche ihre Kleinbetriebe lebensfähig gemacht werden, heißt keineswegs ihre Interessen vertreten, es heißt vielmehr Illusionen in ihnen wecken, die sich nie verwirklichen können und die sie vom rechten Wege zur Vertretung ihrer Interessen ablenken.“

Das ist wohl deutlich genug. R. Kautsky.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. November.

Zur Reichsteuernfrage wird nun vermuthet, daß auch eine Biersteuer-Vorlage geplant sein soll. Dies würde recht eigenthümlich zu der Erklärung der Regierung stimmen, daß sie definitiv auf eine solche Steuer verzichtet haben. —

geschlagen hatte, alle Spiele und Tänze aufhören, nahm inmitten der Gäste Platz, schlug die Bibel auf und las und erklärte ein Kapitel daraus. So schloß das Tanzvergnügen mit Gebet und Gesang ab. René legte sich schließlich die Frage vor, ob dieses Land nur von Heiligen bevölkert sei.

Allein sehr bald bemerkte er, daß neben dieser innigen Vereinnahmung des religiösen Lebens mit dem alltäglichen in der Gesellschaft, die ihn umgab, sich hiervon abweichende, ja ganz entgegengesetzte Züge, die er mit jenen anderen nicht zu vereinen wußte, vorfanden. Er bemerkte in ein und derselben Familie, zuweilen sogar in ein und derselben Person jene lebendige, thatkräftige Frömmigkeit neben gutmüthiger Scherzlaune, sorglosem Sichgehenlassen, liebenswürdiger Milde des Urtheils — ja sogar neben einer mehr epikuräischen als puritanischen Lebenslust. Das erste Bankett, dem er beizuwohnte, machte ihn in seinen bisherigen Ansichten völlig irre. Das Bankett wurde zur Feier des St. Cäcilientages abgehalten und vereinigte alle Musikfreunde, kurz die Elite der Bourgeoisie der Stadt. Damen waren nicht anwesend. Als René sich darüber wunderte, antwortete ihm einer der Gäste mit dem natürlichsten Tone von der Welt, daß es hier so Sitte wäre, weil die Frauen gemehrt wären und genieren würden. Später begriff René erst das Warum. Es war acht Uhr Abends, als die Gäste sich zur Tafel setzten, um sich erst um vier Uhr früh wieder zu erheben.

Man hatte sehr gut gegessen und noch besser — getrunken. Wasser allerdings nicht. Es war überhaupt keins auf den Tischen. Dafür aber welche Reichen von Fischen! Was für Sorten von Weißweinen! Welch ein Ansturm auf die besten Gewächse der Gegend! Der Wein hatte schließlich die Zungen gelöst. Beim Champagner wurde ein „Tischmajor“ ernannt, der offiziell die Aufgabe hatte, zum Trinken zu ermuntern. Als René fragte, wer der mit dieser fröhlichen Würde bekleidete Sterbliche sei, erfuhr er zu seinem Erstaunen, daß er Gerichtspräsident war. (Fortsetzung folgt.)

Moloch hält Wort — bis auf weiteres. Er bringt keine neue Militärvorlage, aber neue Militärvorlagen. Nicht die Einzeln, sondern die Mehrzahl. Hier eine kleine Forderung — und man weiß, was dem Moloch „klein“ ist — dort eine „kleine“ Forderung. Die Quantität muß die Qualität ersetzen. Wie lange sich Moloch diese Selbstbeschränkung auferlegen wird? Man erzählt jetzt Caprivi, dessen Rückgrat nicht miquelartig schmiegt und biegsam genug war, sei deshalb gefallen, weil er das Versprechen, die letzte Militärvorlage sei auch wirklich die letzte, ernst genommen habe. Gewiß ist: Moloch braucht wieder mehr, wie er immer mehr braucht, der Nimmerjatt. Ihn dauernd zufrieden zu stellen, ist einfach unmöglich. Wer kann einen heißhungrigen Wolf zufriedustellen? So lange der Magen voll, liegt er still da, um zu verdauen; und hat er verdaut, so schaut er sich sofort um nach neuer Beute.

So lange es einen Groschen gibt, der zu anderen als Molochszwecken verwendet wird; so lange es einen Menschen gibt, der dem Molochdienst geopfert werden kann und es nicht wird, so lange ist Moloch nicht zufrieden und verlangt nach mehr! Da gibt es kein Verhüten, kein Paktieren. Entweder frißt Moloch unser Volk auf, oder das Volk muß dem Moloch das Lebenslicht anblasen. Einz oder das Andere. Ein Drittes giebt's nicht.

Ferienkoloniale. Aus Thoren wird uns geschrieben: Am 16. d. M. Abends tödtete sich ein Rekrut der 7. Kompagnie des 11. Fuß-Artillerie-Regiments, indem er sich mit einem Messer den Hals durchschnitt. In der gleichen Kompagnie soll vor einiger Zeit ein Soldat den Versuch gemacht haben, sich zu erschießen. Er erreichte aber nicht seinen Zweck und liegt jetzt noch an schweren Wunden darnieder. Außerdem hat sich im Februar hier ein Rekrut erhängt.

Ueber die Ursachen dieser tieftraurigen Ereignisse ist uns nichts Zuverlässiges bekannt. Aus Liebe zum Soldatenstande dürften aber unsere Brüder in des Königs Noth kaum Hand an sich gelegt haben.

Zur Handwerks-Gesetzgebung schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ offiziös:

In verschiedenen Preforgängen findet sich die Nachricht, es könne mit Bestimmtheit versichert werden, daß der ganze Plan der Organisation des Handwerks definitiv als gescheitert zu betrachten sei. Es wird vorsichtiger Weise hinzugefügt, so weit er sich auf eine Ordnung der Materie durch die Reichsgesetze in der nächsten Session oder doch kurz darauf beziehe. An der Stelle, an welcher dieser Plan ausgearbeitet worden ist, weiß man, wie wir hören, nichts davon, daß derselbe definitiv als gescheitert betrachtet werde. Man hofft, denselben vielmehr als preussischen Antrag, wenn auch nicht schon zur bevorstehenden Reichstagstagung, doch bis zur nächsten in den Bundesrat zu bringen. Um ihn definitiv fertig stellen zu können, soll im ersten Theil des nächsten Jahres eine Enquete veranstaltet werden.

Dieses Dementi steht einer Bestätigung der dementirten Nachricht ähnlich wie ein Ei dem anderen. Wäre der Gesetzentwurf angenommen worden, so wäre die Enquete da zum mindesten verspätet. Bloß als schlecht verdeckter Rückzug des Herrn v. Berlepsch kann das Dementi angesehen werden. Die Handwerker, die keine Scheuklappen vor den Augen tragen, werden gern auf die Verwirklichung der Pläne des Herrn v. Berlepsch verzichten.

Nachwahl zum Reichstage. Im Wahlkreis M 8 r s - K e e z wird der konservative Ober-Regierungsrath Gecher wieder Kandidat; die Zentrumspartei will den Amtsgerichtsrath Frehen aufstellen. Am 15. Juni 1893 erhielt Gecher 12 562 Stimmen, Frehen 11 843 Stimmen.

Der Chef der Reichskanzlei unter Caprivi, Geheimrath Göring, dementirt ebenso verspätet als energisch die über ihn verbreiteten Gerüchte. Er schreibt: Die Angaben, ich hielte an meiner jetzigen Stelle fest, wollte andere Posten, die mir angeboten seien, nicht annehmen, weigerte mich, in den Ruhestand zu treten und beabsichtigte, gegen eine zwanagsweiser Pensionirung die Hilfe der Gerichte anzurufen. — sind ohne Beimischung von Wahrheit, lediglich freie Dichtung. Nichts ist nur, daß mir ein zweimonatlicher Urlaub ertheilt ist.

Leider fehlt auch nur ein Wort der Erklärung, warum Herr Göring und die offiziöse Presse so lange zu diesen so bestimmt aufgetretenen Gerüchten keine Stellung genommen haben.

Der Bund der Landwirthe beglückt nun mit seinen Telegrammen den neuen Landwirtschafts-Minister, nachdem die Absendung der Glückwunsch-Telegramme an den Reichskanzler abgeschlossen wurde.

Der Antrag auf Einberufung des bayerischen Landtages, den die sozialdemokratische Fraktion gestellt hat, wurde nach dem Wollfischen Bureau vom Ministerium abgelehnt. Bei dieser Entschliessung wurde das Ministerium durch die liberale und ultramontane Presse eifrig bestärkt. Die Wahrung der Volkswrechte ist eben ganz allein Aufgabe der Sozialdemokratie geworden.

Die österreichische Wahlreformfrage scheint, wie schon kurz gemeldet, nun auch das Ministerium Windischgrätz zum Abtreten zu zwingen. In Wien scheint man zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß die Majoritätsparteien sich über einen Wahlreform-Entwurf nicht einigen werden und deshalb will die Regierung unter dem Druck von unten und oben, den Arbeitern und dem Kaiser, selbst eine Vorlage dem Parlamente unterbreiten, welche wahrscheinlich keine Majorität finden wird und deshalb zum Rücktritt des Cabinets oder zur Auflösung des Parlaments führen muß.

Der sozialdemokratische Parteitag in Biel. Biel, 18. September. Der sozialdemokratische Parteitag trat am Sonntag Abend in der „Helvetia“ zusammen. Genosse Fürholz, der Präsident der Geschäftsleitungs-Kommission, eröffnete die Sitzung um 8 1/2 Uhr und gab bekannt, daß außer den Delegirten vertreten seien das Zentralkomitee des schweizerischen Grünlingsvereins, das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes, der schweizerische Typographenbund und das Zentralkomitee des Verbandes der schweizerischen Arbeiterinnenvereine durch Frau Konzett und der Züricher Arbeiterinnenverein durch Frau Källing. Als Präsident wurde Fürholz, als Vizepräsident Seidel, als Schriftführer Brugger und Sted gewählt.

Nach einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten von ungewöhnlicher Bedeutung referirte Genosse Sted über die Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Arbeiterbund und Arbeitersekretariat. Er ging auf die statutarischen Bestimmungen und die Gründungs-geschichte des Arbeiterbundes ein. Das Statut beschränkt die Thätigkeit des Arbeiterbundes auf das wirtschaftliche Gebiet. Allein die wirtschaftlichen Arbeiterinteressen können nicht vertreten werden ohne politische Betheiligung, die wir dem Arbeiterbund nicht untersagen können, aber auch nicht untersagen

möchten. Es wäre pedantisch-doktrinärer Unsinn, die größte Arbeiterorganisation unseres Landes nur als eine akademische Anstalt neben und dulden zu wollen. Sollte man seine politische Thätigkeit verhindern, so müßte man seine Gründung verhindern. Der Arbeiterbund — das Gebilde mit rothem Kopf, welchem opportunistisch-wirtschaftlichem Nymf und dem langen schwarzen Schwanz — und das Arbeitersekretariat haben sich so entwickelt, daß wir damit zufrieden sein können. Der Arbeiterbund ist gewissermaßen das Mittelglied, das die sozialdemokratische Partei mit weiten Volkstreffen verbindet. Würde der Arbeiterbund antisozialdemokratische Politik treiben, würden wir ihn sofort verlassen; er wird entweder sozialdemokratische Sozialreform treiben oder von der Bildfläche verschwinden. So werden uns Arbeiterbund und Arbeitersekretariat, wenn sie wie bisher politisch thätig sind und deren Leitung in sozialdemokratischen Händen liegt, nicht schaden, vielmehr soll es uns im Gegensatz zu Herrn von Steiger und Genossen recht freuen, wenn sie politisches Leben zeigen. Unsere Sache und unsere Organisation können nur dabei gewinnen. Mögen wir nur selbst uns nicht schaden. Mögen wir die in unserer Organisation wühenden unseligen persönlichen Intrigen glücklich überwinden im Gedanken an unsere hohe Aufgabe, die Sache der internationalen Sozialdemokratie auf unserem vaterländischen Boden in richtiger national-vollständiger Haltung und Taktik zum Siege zu führen.

An den mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte ein Korreferat eines Genossen der Sektion Zürich IV, der im Gegensatz zu Sted die politische Thätigkeit des Arbeiterbundes und des Arbeitersekretariats bekämpft und folgende Resolution beantragt: 1. Es widerspricht dem Interesse der Partei, daß der vielfarbige Arbeiterbund politische Aktionen unternimmt. Er hat seine Aufgabe als Aufsichtsbehörde des Arbeitersekretariats. 2. Das Arbeitersekretariat soll nicht berufen, politische Aktionen zu leiten, es soll außerhalb jeder Partei stehen. 3. Die Kritik des Arbeitersekretariats ist das Recht eines jeden Parteigenossen. Die Kritik des öffentlichen Auftretens der Angestellten des Arbeitersekretariats darf nicht als Angriff auf die Partei erklärt werden.

Es folgte nun eine lebhaft diskussion, an der sich die Genossen Sted, Gschwind, Bullschleger, Lang, Seidel, Greulich und Andere betheiligten und in der die Heißebeeren Seidels am Arbeitersekretariat namentlich von Bullschleger scharf verurtheilt wurden. Lang stellte folgende Gegen-resolution: Der sozialdemokratische Parteitag erklärt, der ungeschwächte Fortbestand des Arbeiterbundes, so lange er als Interessenvertretung des schweizerischen Proletariats gelten kann, liegt im Interesse des Befreiungskampfes des arbeitenden Volkes. Pflicht der sozialdemokratisch gesinnten Angehörigen des Arbeiterbundes ist es, die Gelegenheit, die der Letztere zur Agitation für unsere Prinzipien ergibt, zu benutzen. Der Parteitag rechnet es zu den Aufgaben des Arbeiterbundes, auch auf politischen Gebieten sich zu betheiligen und er unterstützt ihn so lange das seine Prinzipien erlauben. Er ermahnt vom Arbeiterbund, daß er allen Versuchen, das Arbeitersekretariat um die politische Selbständigkeit zu bringen, mit Entschiedenheit entgegentritt und daß er lieber auf die Bundessubvention verzichte, als auf das Recht der politischen Bewegungsfreiheit; aus den letzteren Gründen hält er auch eine Kritik des Arbeitersekretariats im Sinne unserer Gegner für verwerflich.

In der Abstimmung wurden die zwei ersten Punkte der ersten Resolution verworfen, deren dritter Punkt aber sowie die Resolution Lang angenommen. Die Sitzung wurde nach 10 Uhr geschlossen.

In der Sonntagssitzung, welche im Gemeinderaths-Saale stattfand und um 8 1/2 Uhr Morgens eröffnet wurde, betheiligte man sich zunächst mit den Mandaten. Dasjenige des Genossen Greulich wurde mit 22 gegen 14 Stimmen in Hinsicht auf den Ausschlußbeschluss einer Versammlung in Zürich für ungültig erklärt. Anwesend sind 49 Delegirte aus 20 Orten.

Der Antrag der Züricher Genossen auf Gründung einer Unterstützungskasse mit obligatorischen Beiträgen zur Unterstützung gemäßigter Genossen, worüber Bullschleger referirte, wurde als unbrauchbar und unpraktisch abgelehnt, nachdem der Referent die Ablehnung selbst befürwortete.

Angenommen wurde der Antrag der Sektion Zürich IV, daß der Parteitag den Ort für den nächsten Parteitag bestimmen soll.

Beschlossen wurde ferner die Erhöhung des Parteibeitrages von 20 auf 30 Cts. pro Monat.

Angenommen wurde sodann ein Antrag Lang: Das Parteikomitee wird beauftragt, die Frage zu prüfen, ob das Statut nicht in dem Sinne abzuändern sei, daß an die Stelle der in § 4 erwähnten Versammlung aller Parteigenossen die lokalen Mitgliedschaften gesetzt werde.

Es folgte nun eine langwierige Verhandlung über die Interpellation der Sektion Zürich IV, warum das Parteikomitee die Ausschließung Greulich's materiell getadelt habe? Genosse Fürholz beantwortete die Frage dahin, daß das Parteikomitee mit Ausnahme Seidels und Wieng' von Winterthur einstimmig beschloffen habe, daß die lantonale Züricher Versammlung, welche Greulich ausgeschlossen hat, nach den Bestimmungen des Statuts nicht hierzu berechtigt war. Hierüber fand dann auch die Abstimmung statt und wurde mit 35 gegen 23 Stimmen bei Namensaufzählung der Züricher Versammlung für unbeschädigt erklärt. Der Ausschluß Greulich's ist damit wieder aufgehoben. An das Abstimmungsergebnis knüpfte sich noch die Aussprache mehrerer Redner, die mehrfach die Züricher Genossen nun zum Frieden ermahnten. Diese selbst gaben einen Protest gegen die Anerkennung Greulich's als Genossen ab.

In der Nachmittagsitzung berichtete die Geschäftsprüfungs-Kommission über die Thätigkeit der Geschäftsleitungs-Kommission, deren Väter in Ordnung befunden wurden.

Nach einem kurzen Referat des Genossen Gschwind über die Eisenbahn-Nationalisierung wurde einer von ihm beantragten Resolution zugestimmt, daß das Parteikomitee sich mit dieser Frage im Sinne der Expropriation beschäftigen soll.

Eine ganze Reihe von Sektionsanträgen wurden im Hinblick auf die Nothwendigkeit, den Parteitag am Nachmittag zu schließen, von der Tagesordnung abgesetzt.

Als Ort für den nächstjährigen Parteitag wurde mit 37 Stimmen Bern gewählt; auf Zürich entfielen 21 Stimmen.

Die Geschäftsleitungs-Kommission wurde nach Solothurn wieder verlegt. Als Präsident wird einstimmig Genosse Fürholz wiedergewählt. In's Parteikomitee wurden neu gewählt die Genossen Wiesmann in Winterthur, Tschui in Grenchen, Bräpport in Basel und Reimann in Bern.

Die Errichtung eines Arbeitsministeriums für Frankreich ist beantragt worden von unserem Genossen Baillant. Clemenceau meint in seiner „Justice“, wenn Baillant eine neue „Heilsinsel“ entdeckt hätte, und als Pfah für die trodene Guillotine vorschläge, würde die Regierung sich dem Antrage freundlicher zeigen.

Die Compuis-Interpellation ist, wie man sich erinnern wird, in der französischen Kammer bekanntlich erfolglos geblieben. Der Unterrichtsminister, der sich dem System des gemeinsamen Unterrichts beider Geschlechter sympathisch aussprach, brachte die Interpellation dadurch zu Fall, daß er ein Altesstück aus dem Jahre 1888 verlas, aus welchem erhellen sollte, daß Robin, der abgesetzte Direktor von Compuis, zum mindesten sehr leichtsinnig in der Anstellung seiner Lehrer gewesen sei. Der Einbruch dieser Enthüllung war so groß, daß die Regierung ein Vertrauens-votum mit überwältigender Majorität erhielt. Seitdem hat nun Robin die Sache aufzuklären ver-

sucht; es sei wahr, daß ein in der Anstalt vorübergehend beschäftigter junger Mensch Unanständigkeiten mit Schülerinnen verübt habe, und daß er deshalb entlassen, die Ursache seiner Entlassung aber in dem Fährungsattest nicht erwähnt worden sei. Es sei dies in anbetrach der Jugend des jungen Menschen — 16 Jahre — nur mit Rücksicht auf die Familie und unter Zustimmung der administrativen Vorgesetzten geschehen. Später sei der Betreffende allerdings wegen unftlicher Handlungen verurtheilt worden. Was Robin hier sagt, ist nicht widerlegt worden. Mag sein, daß er leichtsinnig gehandelt, jedenfalls aber hatten die Behörden, die sein Handeln gebilligt, nicht das Recht, ihn 11 Jahre nachher deshalb abzufehen und zu brandmarken. Das Verfahren der Regierung, das die Kammer gelegentlich noch einmal beschäftigen wird, findet, nachdem die Thatsache bekannt geworden, auch allgemeine Verurtheilung.

Die Megelei der Gefangenen in Guyana wird demnächst die französische Kammer beschäftigen. Zwei Interpellationen wurden angemeldet — die eine von unserem Genossen Baillant, die zweite von Goblet. Es hat nun eine Verständigung dahin stattgefunden, daß Goblet die Interpellation einbringen und Baillant ihn bei der Begründung unterstützen wird, was natürlich nicht ausschließt, daß auch andere Sozialisten sich an der Debatte betheiligen können, falls diese größere Dimensionen annimmt, wie sehr wahrscheinlich. Mit der Regierung hat man sich dahin geeinigt, die Interpellation zu verschieben, bis nähere Nachrichten eingelaufen sind.

Lord Rosebery hielt neulich, wie den Lesern bekannt, bei der Schildkrötenuppe des Lord Magors von London eine nicht sehr geistreiche Rede, in der er auch die auf dem Kontinent modisch gewordene Albernheit kolportirte, die Presse sei an den Kriegsbeunruhigungen schuld. Da hat ihn nun die Nemesis recht grausam erkeit. In der „Frankfurter Zeitung“ finden wir folgende Notiz:

London, 15. November. Lord Rosebery hatte sich bekanntlich in seiner Guildhall-Rede darüber beklagt, daß die Presse durch Verbreitung falscher Nachrichten Unfrieden stifte und dabei auf eine Meldung aus Neu-Seeland hingewiesen, wonach die dortige Regierung den Wunsch hege, die Verwaltung von Samoa zu übernehmen. Die „Times“ weisen nun auf grund amtlicher Mittheilungen nach, daß der Gouverneur von Neu-Seeland, Lord Glasgow, die Aufhebung des Samoa-Vertrages gewünscht, daß der Premier der Kolonie die Uebernahme der Verwaltung durch Neu-Seeland vorgeschlagen und daß die Regierung von Victoria, Süd-Australien und Tasmanien diesen Vorschlag unterstützt haben. Lord Rosebery hat also nicht Mittheilungen der Presse, sondern amtliche Berichte „als so absurd“ bezeichnet, daß die Regierung es nicht für nöthig hält, dieselben zu dementiren.

Also auch Herr Rosebery gehört zu den nicht seltenen Leuten, die manchmal die Wahrheit sagen — wider Willen.

Nachwahl zum englischen Parlamente. Aus London wird telegraphirt:

Bei der Wahl in Forfarshire wurde der Unionist Ramsay mit 5145 Stimmen an Stelle des zum Richter ernannten Gladstonianer Rigby gewählt. Der gladstonianische Kandidat Robson erhielt 4857 Stimmen.

Die englischen Blätter werden darin ein schlechtes Zeichen für den Fortbestand der liberalen Parlamentsmajorität sehen.

Trauriges aus den Kolonien. Die telegraphischen Meldungen bereits bekannt gegebenen Verluste der südwestafrikanischen Schutztruppe in den letzten Kämpfen gegen Hendrik Witbooi belaufen sich nach der von dem Major Leutwein eingesandten genauen Verlustliste 14 Tode, 9 Schwer- und 15 Leichtverwundete.

Wahlen in Australien. Aus Melbourne wird gemeldet, daß bei den Wahlen für das Parlament von Victoria 16 Arbeiter-Kandidaten gewählt worden sind. Dieselben haben sich sämtlich für Schutzoll verpflichtet. Im Ganzen befinden sich in dem neuen Parlament 65 Schutzöllner und nur 30 Tarifreformer, von denen die meisten versprochen haben, für eine Verminderung der Bölle um 25 pSt. einzutreten. In Neu-Südwaales sind die Liberalen Freihändler und die konservativen Schutzöllner, in Victoria ist es umgekehrt.

Erklärung!

Die „Kreuz-Zeitung“ bringt in Nr. 542 vom Sonntag, den 18. d. Mts., in dem mit der Ueberschrift „Wirtschaftlicher Wochenbericht“ versehenen Artikel folgenden Satz:

Die Vorkommnisse mit der Aktiengesellschaft „Münchener Brauhaus“ in Berlin, über die wir am Freitag berichteten, sind weniger vom ökonomischen, als vom politischen Standpunkte aus interessant. Ähnliche Schiebungen kamen bei vielen Aktien-Gesellschaften vor, die in die Hände von „Sonirungs-künstlern“ fielen. Neu aber ist, daß eine ganze Aktiengesellschaft sich vollständig den Kommunisten ausliefern, und daß die ganze Arbeiterpartei von ihren Führern dazu gezwungen wird, in die Taschen von Börsenspekulanten zu „arbeiten“. Die gutgläubige Gesellschafter des Herrn Singer hat natürlich keine Ahnung davon, daß sie nur darum den ganzen Sommer und Herbst hindurch schlechtes Bier trinken und sich gegen die „Biergossen“ aufregen mußte, damit die Aktien des Münchener Brauhauses im Kurse stiegen und einigen Spekulanten großen Gewinn einbrachten. Auch jetzt werden den für den Zukunftsstaat zu erziehenden Arbeitern die Augen noch nicht aufgehen darüber, daß sie nur als Schachfiguren einiger „Kapitalisten“ im Spiel gegen andere Kapitalisten hin- und hergeschoben werden. Dies eine, zufällig bekannt gewordene, wenn auch sorgfältig mit allerlei Strohmännern „sachirte“ Beispiel der Auswucherung von Sozialdemokraten durch Sozialdemokraten wird deshalb nicht das einzige bleiben. Börsenkundige sozialdemokratische Führer werden solche Erfahrungen bald in noch größerem Maßstabe verwerten.

Es ist selbstverständlich nicht meine Sache, die etwaigen Börsenmanipulationen der Aktiengesellschaft „Münchener Brauhaus“ zu vertheidigen, aber ich darf das Recht für mich in Anspruch nehmen in der Sache das Wort zu ergreifen, weil die „Kreuz-Zeitung“ und zwar heut nicht zum ersten Male meinen Namen mit jenen Börsenmanövern in Zusammenhang bringt. Diesem Umstand gegenüber erkläre ich, daß ich niemals weder direkt noch indirekt Aktien des Münchener Brauhauses“ besessen, gekauft oder verkauft habe. Ebenso war ich niemals weder direkt noch indirekt, weder selbst noch durch „Strohmänner“ an Manipulationen, wie die „Kreuz-Zeitung“ schildert, betheiligte und habe niemals, auch nicht durch Zwischenpersonen die geringsten Spekulationsbeziehungen zur Börse gehabt. Ebenjowenig habe ich jemals irgend welche Beziehungen zu Brauereien gehabt.

Dies bezieht sich sowohl auf die „Boylottirten“, als auch auf die „vingfreien“ Brauereien.

Der betr. Theil des Artikels, der mich als Helfershelfer der von der „Kreuz-Ztg.“ geschilderten Vorgänge bezeichnet, und mir imputirt, meine Parteigenossen als „Schachfiguren“ in dem Spiel einiger Kapitalisten gegen andere Kapitalisten hin- und herzuschleichen, und außerdem unter Bezugnahme auf mich von „Auswüchsern von Sozialdemokraten durch Sozialdemokraten“ spricht, ist eine niederträchtige Lüge und gemeine Verleumdung.

Wenn die leitenden Redakteure der „Kreuz-Zeitung“, die Reichstags-Abgeordneten Freiherr v. Hammerstein und Professor Dr. Kropatschek es dulden, daß in ihrem Blatte einem Nebenmenschen in ebenso böshafter, als schamloser und wahrheitswidriger Weise die Ehre abgeschliffen wird, so müssen die Herren es sich gefallen lassen, für diese Lügen und Verleumdungen verantwortlich gemacht zu werden.

Wollen die Herren dies nicht, so fordere ich sie hiermit auf, entweder den Beweis für die mich betreffende Verächtlichkeit der „Kreuz-Zeitung“ zu erbringen oder der Wahrheit die Ehre zu geben und die gebrachte Verleumdung rückhaltlos zu widerrufen.

Berlin, den 19. November 1894.

Paul Singer.

Parteinachrichten.

An die Parteigenossen der Provinz Brandenburg! Sämtliche für die Agitationskommission der Provinz Brandenburg bestimmten Briefe, Geld- und sonstige Sendungen wollen die Genossen von jetzt ab an Karl Dimmig, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55, adressiren.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg.

Die Parteiblätter der Provinz werden um Nachdruck ersucht.

Verichte vom Parteitag. Am 11. November erstattete in einer zahlreich besuchten Parteiverammlung in Aschersleben der Genosse Greiner Bericht vom Parteitag. Eine Resolution, worin sich die Genossen mit den Beschläffen und dem Verhalten des Delegirten einverstanden erklärten, wurde einstimmig angenommen. Als Vertrauensperson wurde Greiner, als Stellvertreter Mikowski gewählt.

Kreisconferenzen. Der Wahlkreis Darmstadt-Groß-Gerau hält am 25. d. M. in Darmstadt eine Konferenz ab, die sich mit folgender Tagesordnung befassen wird: 1. Bericht vom Parteitag in Frankfurt a. M. 2. Jahresbericht der Parteileitung. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Wahl des Vertrauensmannes.

Eine Parteikonferenz für Anhalt wird von der Agitationskommission für den 2. Dezember nach Dessau einberufen. Diesbezügliche soll sich vornehmlich mit den demnächst stattfindenden Landtagswahlen befassen.

Eine Kreisconferenz des vierten badischen Reichstags-Wahlkreises fand am 11. November in Lörrach statt. Diefelbe war von auswärtig nur schwach besucht. Von Lörrach und Stetten hatten nur Mitglieder sozialdemokratischer Vereine Zutritt. Außerdem war eine Anzahl Wafeler Genossen, sowie der Genosse Dreeschbach erschienen. Ueber den Parteitag wurde auf Antrag Dreeschbach kein Bericht erstattet, da man befürchtete, dadurch wieder Veranlassung zu geben zu neuen Streitigkeiten in der Angelegenheit Stegmüller. Inbezug wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Stegmüller sein Mandat freiwillig niederlege. Als Vertrauenspersonen wurden gewählt die Genossen Fröhling und Schaubhut.

Von der Agitation. Ueber die Tabaksteuer sprach dieser Tage der Reichstags-Abgeordnete Schult in Königsberg vor einer zahlreich besuchten Versammlung. — Ueber das gleiche Thema referirte der Reichstags-Abgeordnete Bötzer in Hamburg in H o s t o d.

Landagitation. Am Sabbat hatten mehrere Genossen von Königsberg i. Pr. aus einem Ausflug per Zweirad nach Ottenhagen unternommen, um sich nach einem Versammlungsort zu erkundigen. Als das bekannt wurde, rotteten sich eine Anzahl Bauern unter der Führung des Besitzers Trofener zusammen und zwangen die Radfahrer unter Androhung von Gewalt zur Rückfahrt. Da die betreffenden Genossen der Ansicht waren, daß die Gesetzgebung doch jedem Menschen das Recht gebe, die Landstraße zu benutzen und vor den Angriffen brutaler Menschen schützen müßte, so zeigten sie den Fall der Königsberger Staatsanwaltschaft an. Auf die Anzeige kam folgende Antwort:

Staatsanwaltschaft, Königsberg, den 20. Oktober 1894.

Auf Ihre Strafanzeige vom 4. Oktober d. J. wider den Besizer Trofener gereicht Ihnen zum Bescheide, daß ich mich nicht in der Lage sehe, strafrechtlich einzuschreiten, daß nach dem Ergebnisse der Ermittlungen die geschilderten Merkmale einer strafbaren Handlung, insbesondere der Nötigung im Sinne des § 240 des St.-G.-B. nicht vorliegen. Eine ernstliche Bedrohung mit einem Vergehen kann nicht als nachgewiesen gelten. Jedensfalls ist der Beschuldigte sich der Widerrechtlichkeit seiner Handlungsweise nicht bewußt gewesen.

„Widerrechtlichkeit seiner Handlungsweise“ scheint also auch der Staatsanwalt anzunehmen, nur ist er sich dieser „nicht bewußt gewesen“ — der Glückliche!

Parteipresse. Die Stuttgarter Genossen wollen auf Anregung des württembergischen Landesvorstandes das Beispiel Leipzigs nachahmen und die „Schwäbische Tagwacht“ in ganz Stuttgart an den nächsten Sonntagen verbreiten und sollen ca. 30 000 Exemplare zur Verteilung gelangen. In Anbetracht der bevorstehenden Landtagswahl und Bürgerauswahlgewahl soll überall rege Agitation entfaltet werden.

Zum Parteifreit in Baden. In der Mannheimer „Volkstimme“ finden wir folgende Erklärung des Genossen Wilhelm Bloss-Stuttgart: „Wie nicht anders zu erwarten, wird von verschiedenen Seiten die Veröffentlichung der Rädlichen Briefe als eine „Indiskretion“ bezeichnet. Darauf habe ich zu bemerken: 1. waren die Briefe der Rennerkommission überwiesen worden; 2. handeln dieselben von Parteianglegenheiten und nicht von Privatfachen; 3. wurde erst zur Veröffentlichung geschritten, nachdem heftige Angriffe gegen die Kommission gerichtet worden waren; 4. wird die Aufdeckung von Intriguen dem Urheber derselben immer „indiskret“ erscheinen.“

Polizeimaßregeln gegen den Umsturz. In Neu-Trebbin sollte am Sonntag, den 18. d. M., eine Volksversammlung stattfinden mit der Tagesordnung: Die Sozialdemokratie und die Bauern. Die Anmeldung war rechtzeitig erfolgt, die Bescheinigung darüber erteilt, der Referent, Genosse Rohrlad aus Berlin, erschienen. Kaum war die gut besuchte Versammlung eröffnet und vom Vorsitzenden zu Vorschlägen für die Bureauwahl aufgefordert, als der überwachende Beamte sich in Postur setzte oder vielmehr stellte und die Versammlung auflöste. Die Wir-

kung auf die Anwesenden war eine verblüffende. Einer starke den anderen an, die meisten den Beamten, und niemand konnte das Räthsel lösen. Der Beamte konnte es jedenfalls selbst nicht, denn, nach dem Grund der Auflösung gefragt, hatte er nur die Wiederholung an die Anwesenden zur Antwort: „Verlassen Sie sofort und in Ruhe das Lokal.“ Niemand machte Miene, der Aufforderung zu folgen, weil eben niemand dieselbe begreifen konnte; da schaltete es zum dritten Male in den Saal: „Verlassen Sie das Lokal, widrigenfalls ich von meiner Waffe Gebrauch machen muß!“ Jetzt gingen die Anwesenden langsam fort, aber begreiflich ist die Auflösung durch die Drohung mit dem Säbel Niemanden geworden. — Selbstverständlich ist sofort Beschwerde eingelegt und wird zu Sonntag, den 2. Dezember eine Versammlung mit gleichem Thema und Referenten einberufen werden. — Es erweckt den Anschein, als ob die Verhörde in Neu-Trebbin ihrer Zeit schon etwas voraus ist.

Aus Breslau berichtet das „Bureau Herald“: Wie der „Bresl. General-Anzeiger“ meldet, wurde am Sonntag eine in der Konfordia stattgehabte sozialdemokratische Parteiverammlung, in welcher die Genossen unter dem Eindruck einer Broschüre des früheren sozialdemokratischen Redakteurs Hennig, welche sensationelle Enthaltungen über die Parteileitung enthielt, sehr erregte Debatten führten, polizeilich aufgelöst. Nach unserer Information hat der Genosse Hennig, welcher früher Redakteur der „Volkswacht“ war und als solcher in Differenzen mit der Parteileitung gerieth, diesen Streitfall in einer dieser Tage erschienenen Broschüre verarbeitet. Wenn in der Depesche von der Parteileitung die Rede ist, so ist dieser Ausdruck von dem Depeschen-Bureau natürlich nur gebraucht, um den Anschein zu erwecken, als wende sich Hennig gegen den Vorstand der Partei. In Wirklichkeit polemisiert derselbe nur gegen die lokale Parteileitung in Breslau, wie schon der Titel seiner Broschüre zeigt, der lautet: „Eine Kritik einzelner Handlungen meiner „sozialdemokratischen“ Arbeitgeber.“ Genosse Hennig stand bisher nur in Breslau am dortigen Parteiblatt im Parteidienst, dieses Blatt aber ist Lokalblatt und steht nur unter der Leitung der dortigen Lokalorganisation. Ob die Beschwerden Hennigs Berechtigung haben und in welchem Umfange, vermögen wir nicht zu entscheiden. Bedenklich erscheint uns allerdings, daß bereits eine ganze Reihe von Redakteuren der „Volkswacht“ in Unfrieden von den Herausgebern des Blattes geschieden sind. Eine recht gründliche Untersuchung der Verhältnisse scheint da höchst notwendig zu sein.

Die Ergänzungswahlen zur Kieler Stadtverordneten-Versammlung fanden am 14. und 15. d. M. statt. Unsere Parteigenossen haben sich, wie bereits mitgeteilt, nicht daran betheilig; agitatorisch ausgeübt haben sie darum die Wahl umso mehr. Bekanntlich hat die in ihrer Mehrheit aus Vertretern der freisinnigen Partei bestehende Kieler Stadtvertretung im Jahre 1891 den Genius von 600 M. auf 1200 M. erhöht und so mit einem Schläge 5000 Bürger ihres Wahlrechts beraubt, sie zu Bürgern zweiter Klasse degradirte. Lag doch die Gefahr nahe, daß bei dem Anwachsen der sozialistischen Stimmen in einigen Jahren die Sozialdemokraten in solcher Stärke in der Kommunalverwaltung vertreten sein könnten, daß es mit der behängigen Ruhe in dieser Körperschaft für immer vorbei wäre, hatte doch unsere Partei schon bei der zweiten Theilnahme an den Kommunalwahlen zwei Vertreter in die Stadtvertretung gewählt. Darum dieser Gewaltstreich. — Unter diesen Umständen war eine Theilnahme unserer Partei ausgeschlossen. In 15 000 Exemplaren verbreiteten unsere Genossen am Sonntag, den 11. November, in Kiel und dem kürzlich eingemeindeten Stadtteil Wil ein geharnischtes Flugblatt, in welchem die Einwohnerlichkeit an das ihr zugesagte Unrecht erinnert und zur Nichttheilnahme an der Wahl aufgefordert wurde, um auf diese Weise gegen die Rechtslosmachung zu protestiren. Am Dienstag Abend, als dem Vorabend der Wahlen, fanden drei Versammlungen statt. Trotz des hürnischen Wetters und des kränkelnden Regens hatten sich im Englischen Garten 2000, und im Elysium 1500 Personen eingefunden. Im Englischen Garten sprach über die in Aussicht stehende neueste Belämpfung des Umstürzes Reichstags-Abgeordneter v. Elm, im Elysium über dasselbe Thema Genosse Kille-Hamburg. Beide Redner erzielten sich ihrer Aufgabe in ausgezeichnete Weise. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zur Stadtverordneten-Wahl, referirte abwechselnd in beiden Versammlungen Genosse Stadtverordneter Feinzel. In Wil referirte Genosse Pöller-Kiel, der auch gleichzeitig Bericht vom Parteitag erstattete. Eine geharnischte Protestresolution wurde in allen drei Versammlungen angenommen. Die Versammlung im Englischen Garten wurde noch dadurch interessant, daß der Redakteur der hiesigen national-liberalen „Nordsee-Zeitung“, Herr Schwachow, dem Genossen v. Elm entgegentrat. Nachdem derselbe vergeblich versucht, durch seine Ausführungen die Versammlung zu provoziren, ergriff er unter dem Dohngelächter der Versammelten das Hosenknöpfchen, gar nicht erst die treffende Abfertigung des Genossen von Elm abwartend. Der gute Besuch der Versammlungen wird den Veranlassern der Bürgerrechtsberaubung gereicht haben, daß sie der Kieler Arbeiterschaft mit diesem schmachvollen Gewaltstreich eine gute Agitationswaffe in die Hand gedrückt haben, deren Folgen die bürgerlichen Parteien noch oft genug spüren werden.

Der Raboisenwache den Rücken zugekehrt hat nach sechsmonatlichem Aufenthalt daselbst am Sonnabend Genosse Gustav Stengese. Er sollte den Bürgermeister von Gusselnkirchen dadurch beleidigt haben, daß er im „Echo“ eine Korrespondenz aufnahm, in welcher von dem Herrn Bürgermeister gesagt war, er habe es aus Anlaß einer während des großen Bergarbeiterstreiks in Westalen vorgekommenen Explosion einer Dynamitpatrone „mit der Angst gekriegt“. Für diese Sünde mußte Stengese ein halbes Jahr die Raboisenwache zieren. Seine Host hat er dem „Hamburger Echo“ zufolge gut überstanden und lehrte er frisch und froh in die Freiheit zurück. Genosse Heine hat, wenn — was wir wünschen — ihn weitere Freiheitsstrafen aus Anlaß noch schwebender Prozesse nicht treffen, am 7. Januar n. J. seine fünfmonatliche Strafzeit beendet. Die Ehre eines hohen Senats ist dann wieder reparirt.

Ein neuer sozialistischer Sieg wurde am letzten Sonntag in Luzern errufen. Dort wurde der Sozialdemokrat Advokat Libisser, ein junger tüchtiger Mann, in den Großen Rath (Landtag) gewählt und zwar mit 528 gegen 150 Stimmen, welche auf den konservativen Gegenkandidaten entfielen. Für den Sozialdemokraten stimmten auch Demokraten und Liberale.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Einige Genossen von Dresden und Zittau hatten jenseits der grünen Grenzpfähle in Böhmisch-Ilbersdorf eine Versammlung einberufen und konnten sich auch bei dieser Gelegenheit überzeugen, daß auch im Lande der Schlamperei den Sozialdemokraten gegenüber mit großer Schnelligkeit vorgegangen wird. Als nämlich der Referent, Genosse Endermann aus Dresden, nochmals sprechen wollte, wurde die Versammlung kurzer Hand aufgelöst.

Soziale Ueberlicht.

Zur **Sonntagsruhe im Konditorgewerbe** hat das Kammergericht in einem Falle, wo eine auf Bestellung angefertigte Speise am Sonntag ausgetragen war, auf Freisprechung erkannt, indem es annahm, daß die Thätigkeit des Konditors in zwei Theile zerfalle, nämlich in die handwerkmäßige Beschäf-

tigung in Backstube oder Küche zur Ausführung von Bestellungen oder Aufträgen für den Laden, und in das Feilbieten und den Verkauf im Laden, welche Thätigkeit allein unter das Handelsgewerbe falle. Das Ausfragen von Waaren, die im Laden gekauft wurden, würde also unter das Handelsgewerbe fallen. Der in Frage stehende Fall habe aber in keiner Beziehung zum Ladengeschäft gestanden und sei als Ausfluß des handwerkmäßigen Betriebes des Konditors zu erachten.

Eine Biersteuer ist in Trebbin (Provinz Westpreußen) eingeführt worden. Es wird der Hektoliter mit 65 Pf. versteuert. Natürlich bezahlen die Steuer nicht die Wirthe, sondern sie suchen dieselbe auf die Konsumenten abzuwälzen. Einige Wirthe, welche $\frac{2}{10}$ schänkten, führen jetzt $\frac{1}{4}$ Liter-Gläser ein. So verteuert man die Lebensmittel.

Die Vertreter der Landesversicherungs-Kammer und der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Kassen halten gegenwärtig unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Böttcher im Reichsversicherungsamt eine Konferenz ab. Die Bestimmungen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes betreffend die Zurückzahlung der Hälfte der fünfjährigen Beiträge an weibliche Mitglieder, welche sich verheirathen, sowie an die Hinterbliebenen vom Versicherten, sollen in der Weise praktisch zur Durchführung gelangen, daß die Post die Auszahlung übernimmt.

Eine Wahlschlacht, in der nicht bloß mit dem Stimmzettel gefochten wurde, kam in Weidenthal (Sachsen) nach Verhängung des Wahlergebnisses zum Ausbruch. Es fanden sich bei den Gemeinderaths-Wahlen zwei Parteien gegenüber, Protestanten und Katholiken. Die „F. Pr.“ schreibt hierüber: Die Katholiken trugen nämlich den Sieg davon und sämtliche Gemeinderäte sind Katholiken. Als das Wahlergebnis bekannt war, kam es zu einer reinen Schlacht. Beide Parteien, mit Gewehren, Pistolen, Mißgabeln etc. bewaffnet, rotteten sich zusammen, wobei es vor der Scheuer'schen Wirthschaft zu einem Zusammenstoß kam. An der Wirthschaft wurden die Säden sammt den Fenstern eingeschlagen. Auch wurde geschossen und die übrigen Klassen in Thätigkeit gesetzt, wobei größere und kleinere, zum Glück keine lebensgefährlichen Verletzungen vorkamen. Auch einem Geschäftsmann wurden die Fenster Scheiben eingeworfen. Die Gendarmen-Kompanie, welche telegraphisch benachrichtigt wurde, stellte die Ruhe wieder her.

Ueber den Achtstundentag und Arbeiterkandidaten für das Parlament wird der Wiener „Neuen Freien Pr.“ aus England geschrieben: Die den Gewerksvereinen angehörenden Arbeiter der englischen Baumwoll-Industrie der Districte Lancashire, Cheshire, Derbyshire und Yorkshire wurden vor kurzem von der United textile factory workers amalgamation veranlaßt, über die beiden Fragen abzustimmen, ob ein gesetzlicher Achtstundentag eingeführt und besondere Arbeiterkandidaten für das Parlament aufgestellt werden sollen oder nicht. Die Anzahl der stimmberechtigten Arbeiter und Arbeiterinnen betrug 140 000; dieselben haben aber nicht sämtlich an der Abstimmung theilgenommen; in der Frage des Achtstundentages ergaben sich bloß 77 168 Stimmen, in der der Arbeiterkandidaten bloß 68 171, so daß im Durchschnitt etwa die Hälfte der Arbeiterschaft sich an der Entscheidung nicht betheiligte. Das Ergebnis war: Für den gesetzlichen Achtstundentag 38 804, gegen denselben 85 364 Stimmen, für besondere Arbeiterkandidaten 35 342, gegen dieselben 32 829 Stimmen; die gestellten Fragen wurden also mit den geringfügigen Mehrheiten von 440 und 2518 Stimmen bejaht. Bemerkenswerth ist, daß die Weber sich gegen den Achtstundentag mit 28 111 gegen 25 615 Stimmen aussprachen. Die Arbeiter waren vor der Abstimmung durch den „gesetzgebenden Rath“ der oben genannten Vereinigung aufmerksam gemacht worden, daß sie die Kosten der Parlamentswahlen von Arbeiterkandidaten selbst tragen und auch für den Unterhalt der gewählten Arbeiterabgeordneten aufkommen müßten. Trotzdem ergab sich eine Mehrheit für besondere Arbeiterkandidaten, was von der liberalen Partei wohl ungünstig beurtheilt werden wird; hat doch kürzlich Minister Aequith die Arbeiterschaft zu überzeugen versucht, daß die Bildung einer Arbeiterpartei im Parlamente ungewinnlich sei. In bezug auf die vermuthlichen Wirkungen des Achtstundentages auf die Baumwoll-Industrie wurde durch den gesetzgebenden Rath darauf hingewiesen, daß jener eine Verkürzung der Arbeitszeit um 15 pCt. bedeuten würde, und daß die Löhne in demselben Verhältnisse sinken müßten, falls nicht die Geschwindigkeit der Maschinen erhöht oder mit noch intensiverer Aufmerksamkeit gearbeitet werden würde als bisher.

Gewerkchaftliches.

An alle Barbiers Berlins! Wieder einmal hat der Vorstand unserer Ostfrontenklasse die Generalversammlung derselben zu einer Zeit einberufen, wo, wie der Vorstand annimmt, es uns schwer fällt, vollzählig am Platze zu sein. Es geschieht dies nur, um einer unangenehmen Kritik aus dem Wege zu gehen. Außerdem wird in dem Lokale Boylottirer ausgehängt. Kollegen! Die Versammlung findet heute, Dienstag, Abends 8 resp. 9 Uhr, in den Parlaments-Hallen, Landsbergerstr. 36, statt. Kollegen! Seid Mann für Mann am Platze. J. A.: Franz Staroff.

Von Gützkow ist nach wie vor der Bezug von Holz und Metallarbeitern streng fernzuhalten. Die Streikenden halten tapfer aus und haben erst neuerdings durch ihr Komitee ein Flugblatt an die Gützkower Einwohnerschaft gerichtet, in welchem die von dem Direktor Franke — der auch gegen den Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ eine Beleidigung angestrengt hat, weil er ihn und seine Beamten der Korruption geziehen haben soll — erlassenen „Berichtigungen“ die nöthige Beleuchtung erfahren.

Der Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter zu Bremen vereinnahmte im 3. Quartal 44 110,23 M. und veranlagte 29 034,07 M., so daß am 30. September ein Ueberschuß von 15 000 M. verblieb.

Depeschen.

(Wolf's Telegraphen-Bureau.)

Amsterdam, 19. November. Nach einer Depesche der „Nieuwe van den Dag“ aus Lombol griffen 5 Balailone Tjakra-Negara an und eroberten die Stadt bis zum Poeri (Palast des Rajah). Der Kampf war ein äußerst erbitterter. Die Holländer verloren 150 Tode und Verwundete; vom Feinde wurden mehrere Hundert getödtet. Weder der Rajah, noch dessen Schatz wurden gefunden.

Lemberg, 19. November. Die Eisenbahnlinie Stanislau-Borontienka ist heute eröffnet worden.

(Depeschen-Bureau Herald.)

Prag, 19. November. Die czechischen Antisemiten haben die Absicht, zum Zwecke der Organisation einer Versammlung einzuberufen, zu welcher die Wiener Antisemitenführer Rueger und Schneider eingeladen werden sollen.

Prag, 19. November. Der Arbeiterverein im Vorort Weinberge ist wegen omladinischer Antriebe aufgelöst.

Brüssel, 19. November. Zwischen den kirchlichen Konferenzen und den Demokraten in Klost soll keine Verständigung erfolgt sein. Die Nachwahl daselbst findet am 9. Dezember statt; die Ansichten scheinen für die Demokraten sehr günstig zu sein.

Antwerpen, 19. November. Die kirchliche Presse protestirt dagegen, daß Polizeibeamte in die Wohnungen einbringen, um die politische Gesinnung von Einwohnern auszukundschaften, und verlangt, daß die Municipalität dem ein Ende mache.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierbojkotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte aufs Pflaster gemworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreißig Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreißig Mann, von denen keiner Schuld an dem Bojkott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppeldeutigkeit des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreißig Existenzen. Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Anfinnen ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter dulden, daß ein

eheloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Bojkott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Bojkott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Bojkotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appelliren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thatkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh aufgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Bojkott!

Die Boykott-Kommission.

Bojkottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlöberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, G. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschlöfchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Inh. Max Dennhardt, N.W., Hannoverstr. 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenualde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O., Niederlage Greifswalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, E. Radon, Bichterfelde.
- Brauerei Jagdschlöfchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Straußberg, Niederlage Slabernad, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Königs-Wusterhausen, Niederlage Reichenbergerstraße 33.
- Brauerei Lang, Freienwalde a. O. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde, Niederlage Gust. Spielermann, Krautstr. 48, Tel. VII. 1487.
- Export-Brauerei Grabow a. O. bei Stettin, Niederlage Marthen, Bellermannstr. 6.
- Brauhaus Hohen-Schönhausen bei Berlin.

Wer trägt die Schuld am Bojkott?

Den Lesern des „Vorwärts“ ist bekannt, welche kranke Verfassung von den Ringbrauereien und ihrer Vertretung in der Presse, von der ersten Stunde des Bojkotts ab, gemacht wurden, um die Schuld an dem Beginn dieses Kampfes auf die Arbeiter und speziell auf die sozialdemokratische Partei abzuwälzen. „Angern und in der Nothwehr“ seien die Brauereien zur Doppeldeutigkeit ihrer Arbeiter geschritten, so behauptet der Verein der Brauereien in einer vom 16. Mai 1894 datirten „Erklärung“. Und in einer „Zur Aufklärung“ überschriebenen, in den meisten Bourgeoisblättern veröffentlichten Niesen-Annonce vom 17. Mai erklärten die vereinigten Brauereien: „Es ist unwaahr, daß wir den zwischen unseren Arbeitern und uns ausgebrochenen Streit von langer Hand vorbereitet haben, vielmehr sind wir durch das Vorgehen unserer Arbeiter überrascht worden.“

Gleichlautende oder ähnliche Behauptungen, wonach der Bojkott wie ein Blitz aus heiterem Himmel, nur veranlaßt durch den scruolosen Uebermuth der Sozialdemokratie, über die Brauereien heringebracht sei, sind unzählige Male in der gegnerischen Presse wiederholt worden. Dieser systematischen Verlogenheit gegenüber sind wir nun in der Lage, einen klaffenden Zeugen dafür anzuführen, daß der Bojkott mit voller Absicht von den Brauereien provoziert worden ist. Kein Geringerer als der Vorsitzende des Aufsichtsraths der Aktiengesellschaft Schultze-Brauerei, Herr Geheimrath Herz selbst, hat dies läche Geheimniß ausgeplaudert und zwar geschah dies auf der letzten Generalversammlung dieser Gesellschaft. Nachdem Herr Köfide bei dieser Gelegenheit den Bojkott zur Sprache gebracht hatte, von dem es zweifellos sei, daß er der Brauerei große Verluste verursacht habe, der aber durchgeschoben werden müsse, theilte Herr Geheimrath Herz mit, daß vor dem Eintritt in den Kampf das Votum des Aufsichtsraths eingeholt sei, daß aber der Aufsichtsrath einstimmig beschloffen habe, dem Vorgehen des Vorstandes zuzustimmen, da man die Ueberzeugung gewonnen, daß der Kampf vielleicht aufzuschieben, aber für die Dauer nicht zu vermeiden sei.

Hier wird also von zuständiger Seite offen zugegeben, daß der Kampf im Mai zu vermeiden war, daß man aber auf Seiten der Brauer denselben provoziren und zum Ausbruch bringen wollte. Deshalb mußte die Erklärung des Berliner Gewerkschaftsausschusses, worin gesagt war, daß man sich dem Rixdorfer Bojkottbeschlusse über die Bergbrauerei nicht anschließen und daß keine Absicht bestehe, in Berlin den Bojkott gegen eine der Brauereien zu erklären, welche mit ihren Böttchern

in Streit lagen, ignoriert worden. Wer jetzt, nach der Erklärung des Herrn Herz, noch wagt, zu behaupten, die Sozialdemokratie habe den Bojkott provoziert, der ist ein offenkundiger Lügner. Wenn aber die Herren, welche erst vom Bojkott überrascht sein wollten, jetzt aber selbst zugeben, daß es bei ihnen gestanden hätte, denselben hinauszuschieben, behaupten, daß der Kampf — ob früher oder später — doch unvermeidlich gewesen wäre, so konstatiren wir dem gegenüber, daß, soweit das Verhalten der sozialdemokratischen Partei dabei in Betracht kommt, diese Verführung nach keiner Seite gerechtfertigt war. Sowohl auf dem Berliner Parteitag, wie auch in großen Volksversammlungen, in denen unsere bekanntesten Führer referirten, wurde Stellung gegen das Bestreben genommen, den Bojkott von Parteiwegen als Mittel zum Austragen gewerkschaftlicher Kämpfe in Anwendung zu bringen. Dieser Standpunkt wurde auch speziell vom „Vorwärts“ bis zur letzten Stunde vor der schamlosen Provozirung durch den Brauerverein innegehalten. So schrieben wir noch in der Nr. 106 vom 10. Mai:

„Wir wissen auch, daß die Mehrzahl der organisierten Genossen Berlins keineswegs die Neigung theilt, bei eventuellen Differenzen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern im Brauergewerbe stets mit dem Mittel des Bojkotts einzugreifen. Wenn aber die Herren Brauerbestitzer, wie es fast den Anschein hat, ein solches Eingreifen — aus Gründen, deren Quelle uns unbekannt ist, — erzwingen wollen, dann theilen wir allerdings auch die Ansicht der Gewerkschaftskommission, daß in diesem Falle die Arbeiterschaft Berlins ihre oft bewährte Solidarität aufs Neue und zwar in glänzender Weise betätigen würde.“

Eine fast gleichlautende Erklärung über die Anwendung des Bojkotts in gewerblichen Streitigkeiten veröffentlichten wir zwei Tage später, am 12. Mai. Während also von unserer Seite offen und rückhaltlos ausgesprochen wurde, daß die Partei sich in den Streit der Brauereien mit den Böttchern nicht einmengen wolle, ja während wir für die Partei es ausdrücklich ablehnten, sich durch den Bojkott in die gewerkschaftlichen Kämpfe zu mischen, da wir den Brauereien 20 pCt. ihrer Arbeiter, welche weder mit der Kaiserin, noch mit dem Böttcherstreik das Geringste zu thun hatten, auf die Straße und provozirten so in der schamlosesten und trivialsten Weise den Bojkott. Daß dieser zu vermeiden war, dafür haben wir jetzt das Zeugniß des Vorsitzenden des Aufsichtsraths der Schultze-Brauerei. Warum dieser Kampf aber provoziert wurde, darüber können wir heute nur sagen, was bereits in unserem Anrufe vom 16. Mai gesagt ist:

„Der Biering verfolgt andere Zwecke, als er vorgiebt. Nicht dem Rixdorfer Bojkottbeschlusse will er ein Paroli bieten, nein er glaubt jetzt den Moment gekommen, die Organisation der Brauerei-Arbeiter zerstören zu können. Von langer Hand war der Streich vorbereitet und trotzdem haben die Herren die Stirne, von „Nothwehr“ zu sprechen.“

Wir haben heute diesen Worten nichts hinzuzufügen. Für die Verhandlungen im Reichstag aber, wo schon gelegentlich der Umkirzgesetz-Debatte der Bojkott eine besondere Rolle spielen wird, kommt uns die Offenherzigkeit des Herrn Herz wie gerufen. Wir sind gespannt, wie die Herren Alexander Meyer und Eugen Richter, diese bisherigen Haupttruffer im Streite gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Bojkottbrüder“, sich mit dem Geständniß ihres Mitaktionärs abfinden werden.

Kommunales.

Der Ausschuß, den die Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der vom Magistrat vorgeschlagenen Neuregelung der Kommunalsteuern eingesetzt hat, trat heute zusammen und verhandelte sich in einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte über die geschäftliche Erledigung der ihm übertragenen Aufgabe, sowie darüber, daß eine zweimalige Berathung der Steuervorlage im Ausschuß stattfinden soll. Nach Feststellung des Arbeitsplanes wurde entsprechend dem Kommunalabgaben-Gesetz und der hieraus bezüglichen Magistratsvorlage beschloffen, daß als Normalfall für die neue Gemeinde-Grundsteuer die staatliche Veranlagung der bisherigen Haus- und Grundsteuer gelten soll. Die zur Bestreitung des Gemeinde-Haushalts aus der Gemeindegrundsteuer erforderliche Summe wird alljährlich festgesetzt und der vom Normalfall zu erhebende Prozentsatz bei der Festsetzung des Etats beschloffen. Sodann wurde mit 13 gegen 2 Stimmen beschloffen, der Versammlung den gänzlichen Fortfall der Miethsteuer zu empfehlen. In der diesem Beschlusse voraus-

gegangenen ganz kurzen Erörterung hatte nur der Stadt. Scheidung eine Sanze für die Miethsteuer eingelegt. Zu einer langen Diskussion gab die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung der Kanalisationsabgabe Anlaß. Wir verweisen auf unsere ausführlichen Berichte über die Verhandlungen dieses Gegenstandes in der Stadtverordneten-Versammlung und berichten hier nur, daß die Herren Spinola, Ballach und andere Vertreter des Berliner Hausagrarierthums vergeblich den Versuch machten, den Hausbesitzern die bisher aus dem Steuerfädel gezahlte „Kanalisationsliebesgabe“ von etwa 2 Millionen Mark pro Jahr zu erhalten. Die Hausbesitzervereine, welche seit langer Zeit die Mitglieder der städtischen Verwaltung mit gedrucktem Papier überschweben, fanden in dem Wohlwollen des Ausschusses der Stadtverordneten-Versammlung ebensowenig Gegenliebe, wie beim Magistrat und in der gemeinsamen Deputation. Nachdem ein Antrag des Stadtverordneten Singer, die gesammten Kosten der Kanalisation von dem Grundbesitz einzuziehen, gegen zwei Stimmen abgelehnt war, beschloß der Ausschuß mit zehn gegen fünf Stimmen, die Kanalisations-Abgabe von ein Prozent auf zwei Prozent des Nutzungswertes der Grundstücke zu erhöhen. Nach diesem Beschlusse leistet die Stadthauptkasse immer noch einen Beitrag von ca. 800 000 M. zu den Kanalisationskosten. Die Forderung der Hausbesitzer, die Ueberhöfe der Wasserwerke zur Herabminderung der Kanalisationskosten zu verwenden, wurde mit großer Majorität abgelehnt.

Hierauf schritt der Ausschuß zur Feststellung des Verhältnisses der Realsteuer zur Personalsteuer und beschloß, entsprechend der Magistratsvorlage, daß, so lange nicht über 150 pCt. der vom Staate veranlagten Grund- und Gebäudesteuer erhoben werden, ein Verhältniß der Gemeinde-Grundsteuer zur Gemeinde-Einkommensteuer von 8:2 festgehalten werden soll.

Im weiteren ertheilte der Ausschuß seine Zustimmung zu dem Vorschlage des Magistrats, daß vom 1. April nächsten Jahres an das Schulgeld an den städtischen Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen und den höheren Mädchenschulen auf jährlich 120 M. und in den Vorschulen auf 110 M. jährlich festgesetzt wird. Ein im Ausschuß gestellter Antrag, das Schulgeld an den Bürgerschulen von 80 auf 100 Mark zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Hierauf wurde die Sitzung abgebrochen und die Erörterung der Gemeinde-, Betriebs-, Bauplatz- und Umfahrsteuer der am Freitag stattfindenden nächsten Ausschusssitzung vorbehalten.

Lokales.

Gemüths Menschen. Als zu Anfang des Bierbojkotts die Bojkottkommission von Friedrichsberg auch zu dem Gastwirth Westphal, Frankfurter Chaussee 120, kam, um mit ihm Rücksprache zu nehmen, ob er nicht, wie viele andere, ringfreies Bier schänken wolle, da erklärte dieser Herr: „Ich brauche die Arbeiter nicht. Ich lebe von meinen Betten und den darin schlafenden Hündlern, die sich nicht an den Bojkott lehren.“ Die Kommission ging und Herr Westphal schänkte Ringbier, was natürlich zur Folge hatte, daß er von den Arbeitern nicht weiter belästigt wurde. Allmählig hat sich nun bei dem Herrn eine andere Ansicht durchgehungen; er scheint zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß die Groschen der Arbeiter sich auch ganz gut gebrauchen lassen. Da die Arbeiter wegen des Ringbieres aber nicht so ohne weiteres zu ihm kommen und die Groschen bringen, ist Herr Westphal auf einen ihm alle „Ehre“ machenden Ausweg verfallen. Er ließ nämlich durch den Polier den auf seinem Neubau beschäftigten Arbeitern bekannt geben, daß jeder, der nicht bei dem Bauherrn, d. h. bei Herrn Westphal verkehre, sofort entlassen werde. Selbstverständlich hat sich nun die Arbeiterkundschaft eingestellt, da es nicht jeder fertig bringt, sich in Betracht der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Gefahr der Arbeitslosigkeit anzufügen, und Herr Westphal hat damit die „Genugthuung“, sein Ringbier von Arbeitern getrunken zu sehen. Es geht eben nichts über den Geldsack.

Eine ähnliche Stellung wie Herr Westphal nimmt der Inhaber des Restaurants „Palast Bürgerheim“ ein. Als im Sommer dort gebaut wurde, schänkte der Wirth Münchener Brauhaus-Bier; nachdem die Bauten fertig gestellt waren, schaffte er dasselbe ab. Auf die Frage, warum er dies thue — erklärte er: „Ich habe jetzt andere Gäste, die trinken das Bier nicht, für die Arbeiter war ja die „Jauche“ gut.“ Jetzt nun, wo bei den Bauten Töpfer und Puffer beschäftigt sind, verlangt der Wirth wieder nach Münchener Bier; — augenscheinlich bringt es das Geschäft so mit sich, daß die „Jauche“ wieder gut ist. Ob dieselbe von den Arbeitern bei

diesem spekulativen Wirch getrunken wird, das ist eine andere Frage.

Der Bierbockst liegt der Unternehmerschaft trotz allen Abneigens schwer im Magen. Der so oft gedrückte Streich, Arbeiter zu mahregeln, weil sie bei einer vom Unternehmer arrangierten Festlichkeit das ihnen vorgesehene Ringbier nicht trinken wollten, ist am Montag wieder von dem Ban-Unternehmer M. Tschernig auf dem Bau Ketschstr. 2 aus geführt worden.

Zur Lokalkiste. Wilow, Staatschreiberstraße 96, schänkt neben ringfreiem Bier auch Bier aus der Unionsbrauerei.

Nixdorf. Wie uns von der Vorkommmission in Nixdorf mitgeteilt wird, beruht die Angabe, daß der Restaurateur Babenschneider, Nixdorf, Hermannstr. 118, Bierunterschiedungen gemacht hat, auf Irrthum.

Der Gastwirth Görtz, Gerichtstr. 4, erklärt zu der Dissen-Schwindsel, über die wir am Sonntag berichteten, es sei weder eine Auswanderer bei ihm in Stellung, noch habe er sonst in irgend einer Form jemand beauftragt, Sammelstellen für die ausgeperrten Brauereiarbeiter zu beschaffen.

An die Mitglieder der Orts-Krankenkassen richtet sich ein Flugblatt, das für die Berliner Abonnenten der heutigen Nummer des „Vorwärts“ beiliegt. Bei der Bedeutung, die die „freie Artwahl“ für die Mitglieder der Krankenkassen hat, möchten wir unsere Leser bitten, das Flugblatt nicht unbeachtet bei Seite zu legen.

Charlottenburg. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl erhielten Stimmen: Im 2. Bezirk: Götte (Soz.) 406, Freisinnige 860. Im vorigen Jahre Soz. 294, Freis. 160. 5. Bezirk: Sellin (Soz.) 296, Freisinnige 540. Im vorigen Jahre Soz. 155, Freis. 201. 6. Bezirk: Wolter (Soz.) 149, Konservative und Freisinnige 596. Im vorigen Jahre Soz. 87, Kons. und Freis. 287.

Warum flocht die Eingemeindungsfrage? Zur Eingemeindungsfrage will das „Grundigentum“ auf grund zuverlässiger Informationen mittheilen können, daß unter Herrn v. Köller die Erledigung dieser Frage kaum mehr gefördert werden wird und kann, als unter seinen Vorgängern. Es sei vorläufig noch nicht daran zu denken, daß ein bezüglicher Gesetzentwurf im Landtage eingebracht werden wird.

Vom „Matschismus für das kleine Haus- und Stubenmädchen“, den die Hausmädchenschule des „Friedel-Oberlin-Vereins“ den „Gnädigen“ auch in diesem Jahre wieder als Weihnachtsgeschenk für ihre Dienstmädchen empfiehl, sind in einem einzigen Jahre 1500 Exemplare abgesetzt worden.

Ein Prediger, Gymnasiallehrer oder Richter möchte eine in der „Staatsbürger Zeitung“ annoncirende Dame heirathen. Sie hebt unter anderen Vorzügen ihr Vermögen hervor.

Urania. Die Tesla'schen Versuche werden im Laufe des Monats Dezember von Herrn P. Spiess in einigen wissenschaftlichen Vereinen der Rheinprovinz vorgeführt werden und es findet deshalb der Vortrag „Das Licht der Zukunft“ in diesem Jahre nur noch zweimal in der Urania statt und zwar am Freitag und Sonnabend, den 23. und 24. d. M.

Ein zweiter Zirkus Reng wird im Südwesten errichtet werden. Die Größe des Grundstücks gestattet einen noch umfangreicheren Bau und daher eine noch bei weitem bequemere Platz- und Feuer-Eintheilung, als der jetzige Zirkus, der jedoch ebenfalls im Betriebe bleibt; denn das zahlreiche Künstlerpersonal und bedeutende Pferdeaterial, über welches der Zirkus Reng jetzt verfügt, gestattet diesen Doppelbetrieb sehr gut.

Die Naturheilkunde wird die Nachricht von dem Tode des Herrn Hermann Canitz, eines sehr bekannten Vertreters dieser Heilweise, interessieren. Herr Canitz starb am 15. d. Mts. und wurde am Sonntag beerdigt.

Ueber die Wirkung des Heilserums enthält der jetzt vorliegende Jahresbericht der Verwaltung des städtischen Krankenhauses am Urban einige interessante Mittheilungen. Vom 20. Januar bis 22. März d. J. wurde bei 60 Kindern das Diphtherie-Heilserum angewendet. Diese 60 Fälle wurden eingetheilt in 30 schwere, 16 mittelschwere und 14 leichte. Von den 30 schweren Fällen wurden geheilt 15 = 50 pCt., von den 16 mittelschweren 13 = 81 pCt. und von den 14 leichten 14 = 100 pCt. Insgesamt wurden von 60 Fällen geheilt 42 = 70 pCt. Tracheotomien wurden von den mit Serum behandelten Kindern im ganzen 20 und davon geheilt 9 = 45 pCt. Während von 30 Kindern, welche innerhalb dreier Tage nach der Erkrankung injiziert wurden, 28 geheilt wurden, trat bei 25, welche 4 Tage und länger krank waren, nur 11 Mal Heilung ein.

Mit der Entdeckung des Mörders der Elsa Groß war es wieder einmal nicht. Die fortgesetzte Untersuchung gegen den des Mordes an der Elsa Groß in Breslau bezichtigten Restaurateur Schwanke hat mit Sicherheit ergeben, daß derselbe unschuldig verhaftet worden ist und seine Freilassung dürfte baldigst erfolgen. Schwanke hat bis Ende des Jahres 1893 in Breslau im Hause Kachelohle Nr. 22 gewohnt, in demselben Hause, wo auch die Elsa Groß wohnte, die von einem Crafen eingemietet war. Infolge einer schweren Krankheit der Frau Schwanke lernte das Ehepaar die recht gutmüthige Groß kennen und es verkehrten die drei Personen viel mit einander. Bei einem solchen Besuche in der Schwanke'schen Wohnung sah die Groß die Photographie des Restaurateurs als Unteroffizier in dem Album und eignete sich das Bildniß an. Nach dieser Photo-

graphie glaubte die Aufwarterin der Groß den Mörder wieder zu erkennen und so erfolgte die Verhaftung des Schwanke am Sonnabend Vormittag, um so mehr, als sich auch noch Zeugen bei der Breslauer Kriminalpolizei meldeten, die den Restaurateur an dem Mordtage in Breslau gesehen haben wollen.

Diesen belästigenden Aussagen gegenüber wurde es dem Verhafteten leicht, einen umfassenden Mitbeweis anzutreten. Am 5. d. M., Abends 10 Uhr, sprach ein Herr Dieze, Tiefstraße wohnhaft, mit Sch. vor der Thür des von dem letzteren am 2. November eröffneten Restaurants, Oranienburgerstr. 45. Am 6. November Vormittags 10 Uhr unterhielt sich Schwanke mit dem Hausverwalter Herrn Obst im Lokal und eine Stunde später befand sich der Angebeschuldigte persönlich in einem Fleischwarengeschäft Oranienburgerstr. 43. Weitere Zeugen sind dafür vorhanden, daß Sch. noch im Laufe jenes Montages und am Abend, wo selbst der Restaurateur sein Lokal feierlich einweihte, in Berlin gewesen ist.

Ferner meldete sich am Sonntag Nachmittag bei der hiesigen Kriminalpolizei ein Kaufmann Wohl aus Breslau, welcher mittheilte, daß er die Groß vor etwa 3 Wochen in dem Vorort Pircham bei Breslau in Begleitung eines Mannes gesehen, welcher eine große Reihlichkeit mit Schwanke besitz. Hiermit wäre wohl der Irrthum der Aufwarterin, welche erst kurze Zeit bei der Groß bedient war und Schwanke persönlich nicht kannte, völlig aufgeklärt. Dieser Begleiter der Groß, welcher vermuthlich der erwähnte Josef ist, trug damals einen dunklen modischen Winterüberzieher.

Die am Sonnabend von der hiesigen Kriminalpolizei in der Schwanke'schen Wohnung abgeholtene Hausführung verlief ganz resultatlos; einen modischen Winterüberzieher, wie ihn der Thäter am Montage trug, hat Sch. nie besessen.

Drillinge. Wäzu reichlich gesegnet wurde am Sonnabend Morgen die Ehe des Arbeiter Mengler'schen Paares, das auf dem Hofe des Grundstücks Reichenbergerstraße 114 drei Treppen hoch wohnt. Nachdem schon vier Kinder vorhanden waren, ist die Familie noch um drei vermehrt worden. Die Mutter sowohl, als die drei Neugeborenen — ein Knabe und zwei Mädchen — befinden sich wohl; natürlich herrscht in der plötzlich stark angewachsenen Familie große Nothlage.

Der Brandstifter, welcher im vorigen Jahre Oranienburg in Schrecken setzte und wegen dessen Thaten drei Personen unschuldig bis zu 6 Monaten Unterdrückungshaft verurtheilt, soll, wie uns aus Oranienburg gemeldet wird, am Sonnabend Abend, zu welcher Zeit abermals eine Heumiete und 2 Scheunen ein Raub der Flammen geworden sind, auf frischer That ertappt und am Sonntag früh verhaftet worden sein. Als Thäter wird ein Bourgeoisbändler Jüterbog genannt. Derselbe soll verheiratet und Familienvater sein und wegen Forderungsdiebstahls noch neun Monate Gefängnis zu verbüßen haben.

Rekognoszirt ist nunmehr die am 13. November bei Bernau aufgefunden weibliche Leiche. Die Verstorbene ist die Frau des Zöfpermeisters Westphal zu Kulkam; sie hatte ihre in Berlin, Plenningsstr. 3 wohnhafte Tochter Frau L., bei welcher sie einige Tage zu Besuch gewesen, am 14. Oktober verlassen, um angeblich nach Hause zu fahren. Frau W. ist jedoch in Bernau bereits aufgefunden und hat, wohl infolge plötzlich eingetretener Geistesstörung, sich das Leben genommen. Wie die Unglückliche den Selbstmord ausgeführt, hat bis jetzt nicht ermittelt werden können. Der Biefgrabener, in welchem die W. lag, hat nur wenige Zentimeter Wasser aufzuweisen; es ist ebenmäßig, daß die planlos umherirrende Geistesgestörte in einem Thunachtsanfall in den Graben mit dem Gesicht nach unten gestürzt und, zu schwach, um sich zu erheben, so ein schreckliches Ende gefunden hat. — Infolge der Zeitungsnachrichten sind die Verwandten der W. am Donnerstag nach Bernau gefahren und haben die dort verweilte Leiche an den Kleidungsstücken rekognoszirt.

Entwickelter Ganner. Der „Reichs-Anzeiger“ bringt einen Stadtbrief, den die Staatsanwaltschaft hinter dem Kaufmann Moriz Kagenstein, in Pirna Kagenstein u. Ghm., erläßt. K. wurde im Sommer wegen betrügerischen Bankrotts, Unterschlagung und dergleichen in Untersuchungshaft genommen, nach einigen Wochen aber aus der Haft entlassen. Jetzt ist er entflohen.

Vermuthlich desertirt ist ein Ober-Feuerwerfer-Schüler, der seit dem 14. d. M. aus dem Kasernement spurlos verschwunden ist. Es handelt sich um den zur hiesigen Oberfeuerwerker-Schule kommandirten Unteroffizier Robert Diebusch von der 7. Compagnie des Besatzlichen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 7. Bei seinem Weggang, Nachmittags gegen 3 Uhr, war er mit Gebrauchsdienswaffen, Seitengewehr und Feldmütze bekleidet.

Ein Todtschlag ist am 17. ds. Mts. Abends in Weipense verübt worden. Der Tischler Kowalczyk wurde aus einem Lokale entfernt, weil er einen Schnaps nicht bezahlen wollte, machte auf der Straße Lärm und bedrohte den Wirth. Als ihn mehrere Gäste entfernern wollten, stieß er dem Wirthler Mädel ein langes Messer in den Leib, so daß die Eingeweide hervortraten. Vergeblich verfuhrte ein Arzt, Hilse zu bringen. Mädel starb unter großen Qualen; Kowalczyk ist verhaftet.

Polizeibericht. Am 17. d. M. Nachmittags fielen in der Trunkenheit eine Frau in der Oranienstraße von einer Kellertreppe und ein Mann in der Blumenstraße auf dem Bürgersteige hin und erlitten schwere Verletzungen. — Abends wurde in der Maurerstraße eine Frau durch eine Droschke überfahren und schwer verletzt. — Am 19. d. Mts. Morgens erhängte sich ein Mann am Treppengeländer eines Hauses in der Koloniestraße. — Bei der Oberbaumbrücke wurde Nachmittags ein Mann mit einer schweren Verletzung am Hinterkopfe aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht. — Ein Mädchen sprang bei der Gohlensbrücke in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus gebracht. — Abends schlug sich ein Mann in seiner Wohnung, in der Ackerstraße, einen Steinbohrer mit einem Hammer etwa 8 Zentimeter tief in den Kopf und begab sich dann nach der Sanitätswache, wo das Instrument aus der Wunde entfernt und seine Ueberführung in die Charite veranlaßt wurde. — Am 17. und 18. d. M. fanden elf unbedeutende Brände statt.

Witterungsübersicht vom 19. November 1894.

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm, Windrichtung, Windstärke (Scala 1-12), Wetter, Temperatur (nach Celsius). Rows include Ewineimünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Naparanda, Petersburg, Gort, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 20. November 1894. Nachts etwas kälter, am Tage mildes, zeitweise heiteres, vielfach nebeliges Wetter mit schwachen südlichen Winden ohne wesentliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Leistung-Theater. Drei Wappen, Lustspiel in 4 Akten von Blumenthal und Kadelburg. Der war jede Wort schneidet! In diese geflügelten Worte Klang am Sonnabend Abend das Urtheil des Publikums, oder wenn wir gewissenhaft sein wollen, mindestens sieben Achtel desselben aus, als der Rest des geviertheilten Geistes der berühmten Doppelpistole endlich vollends ausgehaucht hatte. Das war aber auch ein Lustspiel. Ein Kauter schlug den andern und nebender wurde sogar noch ein bedeutames Problem so genial angeknüpft, wie es nur modernen Verfertiger dramatischer Literatur möglich ist. Verrottetes Vorurtheil der Nachkommen alter Naubrittergeschlechter plakte zusammen mit dem durch feinerlei Erziehung gekemmten Selbstbewußtsein eines sogenannten Nitters der Arbeit, eines deutsch-amerikanischen selbstmännigen. Eine Viertel-Million Schweine schlachtet der Theilhaber der berühmten Engros-Schlächtereier Hörster und Madenzie in Chicago. Etwa ebenso viel Blut als die Schweine alljährlich zu Ehren des großen Exporthauses vergießen, hat fließen müssen, bis das irrtliche Haus Wellingens, dessen Sprossen Vater und Sohn im Lustspiel mitwirken, zu seiner heutigen Höhe emporgestiegen ist. Und eine Portion Wih, die an blutiger Schamlosigkeit noch weit die Massacre überbietet, welche die beiden Lustspielkünstler zu ihrem Ruhm ins Feld führen, mußte von Kadelburg und Blumenthal mit Gewalt und List aus allen Eden und Gnden her zusammengegrast werden, bis Hörster-Tochter und Wellingens-Sohn, die glücklich mit einander verbundenen, Ruhe vor dem Toben ihrer Herren Väter haben. Denn Wellingens senior kann es nicht erwinden, daß man Eisen in seiner angeerbten Familie fabrizirt, und Hörster senior ist während, daß er, der Mann mit den vielen Dollars in der Tasche, von einem Kerl, der gar nichts gelernt hat, aber die Nadel angefaßt wird. Dieser Widerstreit der Interessen und Meinungen wirkt derart depressiv auf die geistige Konstitution der Väter, wie der Zuschauer ein, daß sie gegen Schluß des vierten Aktes ein veritables Rasereienspiel mit einander vollführen, an dem das Publikum sich rasend amüsiert. Endlich gaben sich die alten Herren das Versprechen, wenigstens das junge Paar mit ihrem Värin zu verschonen und nunmehr fällt gerührt der Vorhang.

Lustspielbesieher die beiden Autoren ihre bössartige Leistung sän zu nennen. Wir wissen nicht, ob Direktor Samst den Ruhm gehabt hätte, das Stück als Schwanke seinem Publikum vorzuführen. Geradezu verblüffend wird aber das geistige Niveau des tonangebenden Premieren-Publikums durch die unbändige Deiterkeit charakterisirt, mit der auch die schauerlichsten Wize von ihm hingenommen wurden. Armes Leistungstheater! Es wäre ungerecht, wollte man den Autoren den wesentlichsten Verdienst am Erfolg zusprechen. Das vollendete Spiel der Kräfte, welche die Bühne besetzt, hätte vielleicht noch ärgeres Zeug dem in seinem Element schwimmenden Publikum muntergerecht zu machen verstanden. Die Damen Ketty, Groß und Pölnik, die Herren Waldow, Schönfeld und Kadelburg, welche letzterer als Gast in seinem Werk mitwirkte, fanden in jeder Beziehung auf der Höhe. Einzig von Herrn Guthery dünkt uns, daß er bei aller Komik seines Spiels einige Nähe mit seinem Deutsch-Amerikaner hatte.

Ob das jüngste Produkt der blutigen Pirwa in Berlin lange auf Begehr rechnen kann, möchten wir bezweifeln. Großartig wird sich aber das Exportgeschäft für die Provinz entwickeln.

Neues Theater. Am Sonntag kam im Neuen Theater Sugo Lubliner mit seiner Fosse „Das Neue Stück“ zu Wort. Auf den Wegen des beglücklichen Schwankes — und wäre darin mit längst verbrauchten Motiven gearbeitet, — wird man Herrn Lubliner immer noch lieber begegnen, als wenn er sich als Erzähler und Lehrer des Volkes aufstellt oder gar Zeitgebrechen satirisch beleuchtet. Seit er als Kämpfer gegen die moderne Welt und gewissermaßen unter den Augen des Kaisers im Schauspielhaus als sozialer Reformator mit dem Rufe: „Gründet immer mehr Fortbildungsschulen!“ mit so geringem Glück aufgetreten war, ließ Lubliner seinen Ehrgeiz fallen und heute begnügt er sich wieder mit alten Spielereien, wofür ihm das Publikum, wie die Sonntagsvorstellung lehrte, weit dankbarer ist. Im „Neuen Stück“ wurden Dichters Leiden und Freuden geschildert. Selbstverständlich reichte Herr Lubliner nicht das künstlerische Problem, wie unter Wehen ein Kunstwerk geboren, oder wie es im Kampfe gegen die Unfreiheit verteidigt werden muß. Herr Lubliner erscheinen nach seiner Art die äußerlichen Chikanen, unter denen der Bühnendichter leidet, ehe sein Werk zur Premiere kommt, wichtiger. Man sieht, wie Felix Falkner, der Lustspielkünstler, mit etlichen Schauspielern, tragen und dreifeln Regisseuren und hochmüthigen, schneidigen Intendanten sich herumbeißen muß, ehe seine Arbeit an's Bühnenlicht kommt. Hier erzählt Lubliner in mancher Scene Dinge, von denen er wirklich etwas weiß, und da das selten genug bei ihm vorkommt, so sei's ihm zu Ehren angerechnet. Daß sich der Vorwurf wohl zu einer scharfen Satire hätte vertiefen können, wenn Lubliner die Einigkeit der Dummköpfe gegen die Intelligenz hätte treffen wollen, sei hier nur nebenbei erwähnt. Ein Lubliner versündet sich nicht mit der Welt, selbst wenn er den Geist dazu wirklich hätte. Der Schwanz wurde im ganzen frohlaunig gespielt und die kleinen Schmerzen im Verkehr mit Schauspielern und auf Bühnenproben, die Herr Falkner zu erdulden hat, bis er sein Bräutchen heimführt, machten einem harmlosen Publikum manchen Spaß. Wenn man wienerisch zu plauschen versteht, wie Herr Pagan und Fel. Wirth, die Vater und Tochter in einer bummeligen Künstlerfamilie darzustellen hatten, dann sänkt sich das Berliner Publikum noch besonders ergötzt und es lacht gutmüthig über die traditionellen Bühnenklischee, die das freiere, beweglichere süddeutsche Wesen in Gegenfah bringen gegen das angeblich stochsische, nüchternere Dasein der armen Norddeutschen.

Gerichts-Beitrag.

Wegen öffentlicher Schandverlesung, begangen in einem Stadtbahn-Koupee, wurde am 16. d. M. vom hiesigen Schöffengericht der Kandidat Großkurth, Sohn eines schlesischen Gutsbesizers, zu — fünfzig Mark verurtheilt. Der Ansdanwalt hatte nur 30 M. beantragt, das Schöffengericht war „wegen der erwiesenen Nothheit“ der That über das Strafmaß hinausgegangen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Gutsbesizersohn hatte in einem Koupee der Stadtbahn außerordentlich Inotige und zotige Redensarten gebraucht. — Vor etwa zwei Jahren wurden von der Strafammer zwei Arbeiter, unbestraft, Familienväter, die in angetrunkenem Zustande in einem Stadtbahn-Koupee eine zotige Chinesen-Anekdote erzählt hatten, zu — sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Gleiches Recht für Alle!

Wegen Uebertretung des § 135 der Reichs-Gewerbeordnung, welcher die Beschäftigung von Kindern in industriellen Betrieben nur an sechs Stunden des Tages gestattet, hatte sich gestern der Ingenieur August Bornann aus Groß-Sichtersee vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Derselbe besitzt in Pantzig eine Fabrik, in welcher drei 13jährige Knaben täglich von 7/4 bis 8, von 8 1/2 bis 12, von 1 bis 4 und von 4 1/2 bis 6 Uhr, also 9 1/2 Stunden beschäftigt worden sind. Der Angeklagte suchte sich damit zu entschuldigen, daß nicht er, sondern sein Buchhalter die Arbeiter anstelle. Er kenne die Gesetze ganz genau und würde die Knaben nicht länger denn zulässig beschäftigt haben, wenn er deren Alter gekannt hätte. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß es Pflicht des Angeklagten sei, sich um das Alter seiner jugendlichen Arbeiter zu kümmern und verurtheilte denselben zu nur 30 Mark Geldstrafe.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 20. November.
Opernhaus. Sänfel und Gretel. — Mara.
Schauspielhaus. Wie die Alten sungen.
Deutsches Theater. Daniela Beert.
Berliner Theater. Emilia Galotti.
Festung-Theater. Zwei Wappen.
Schiller-Theater. Die Karlschüler.
Neues Theater. Figaros Hochzeit.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Jabala. (Das Apfelfest).
Kesdanz-Theater. Der Unterpräfekt. Villa Bielliebchen.
Theater Unter den Linden. Meißener Porzellan. Die Fledermaus.
Bellevue-Theater. Königskrause.
Central-Theater. O! diese Berliner!
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die ewige Braut.
Alexanderplatz-Theater. Ein Modell. Die Chansonette.
National-Theater. Der Tod als Pathe.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Jyollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Dienstag, den 20. November, Abends 8 Uhr: Die Karlschüler.
Mittwoch, den 21. November, bleibt das Theater geschlossen.
Donnerstag, 22. November, Abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Salmi. Volkstück in 4 Akten von M. Schlegel und L. Herrmann.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Direktion: Richard Schulz.
Emil Thomas u. G.
Anna Baders. Josefine Dora.
 Zum 82. Male:
O! diese Berliner!
 Große Poffe mit Gesang und Tanz. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen, Mittwoch, bleibt das Theater geschlossen.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Sensationelle Novität!
Der Tod als Pathe.
 Ausstattungs-Komödie in 5 Akten von Ernst Blum mit theilweiser Benutzung einer Idee von August Blanche. Dekorationen von Müller und Schäfer. Beleuchtungseffekte vom Ober-Beleuchter Collander. Maschinerien vom Theatermeister Weiss. Lichtbilder von Ludwig Richter. Tanz- und Flugevolutionen vom Balletmeister G. Zinner arrangiert. Die lebenden Land- und Wasserthiere aus dem Aquarium-Institut von Otto Fronsse, Alexanderstr. 28. Garderoben und Requisiten vom Ober-Garderobier Paul Hildebrandt.
 Musik von Adolph Wiededeck.
 Regie: Max Samst.
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater

Charley's Tante.
 Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die ewige Braut.
 Siederpiel mit Tanz in 1 Akt von W. Mannstädt und J. Kron.
 In Scene gesetzt von Ad. Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Circus Renz

Carlstrasse.
Dienstag, den 20. November 1894, Abends 7 1/2 Uhr:
Tjo Ni En.
 Sensationelle Tänze, u. a. les grelots vivants, jeu des barbiçhons etc. Außerdem: Der ostpr. Hengst Blondel und Konstro-Tableau von 60 Pferden, vorgeführt vom Dir. Fr. Renz. Cyd und der Steiger Solon, geritten von Frau Renz-Stark. Mr. Clark als Jongleur. Fr. Mathilde Renz, jeu de baguette. Der sensation. Handequilibrist Mr. Jules Keller. Die beliebten Clowns Gebr. Villand etc.
Mittwoch (Bußtag): Keine Vorstellung.
Donnerstag: Tjo Ni En.
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Castan's Panopticum.

Hassan Ali
 der grösste Mensch der Welt.
Prinzess Topase
 das kleinste Menschenkind.
Mexikanische Riesen-Cacteen
 in noch nie gesehener Größe.

Alcazar

Variété- und Spezialitäten-Theater.
 Dresdenstr. 52/53 (City-Passage).
 Vornehmster Familienaufenthalt!
Neu! Sensationell! Neu!
Unsere Garde.
 Große Poffe mit Gesang u. Tanz und militärischen Auführungen in 1 Akt von Beders.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.
 Anfang:
 Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
 Entree:
 Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf.
R. Winkler.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber
 aus Dahomey.
 Die Hexenjantel, neueste Illusion.

Orts-Krankenkasse der Gastwirthe u. verwandten Gewerbe zu Berlin.
Ausserordentliche General-Versammlung
 sämmtlicher zur Kasse zahlenden Arbeitgeber u. großjährigen Kassenmitglieder
Donnerstag, den 29. Novbr. 1894, Nachmittags 4 Uhr,
 bei Herrn **Volz, Alte Jakobstr. 75.**
Tages-Ordnung:
 1. Erwahlung für einen Arbeitgeber-Vertreter.
 2. Erwahlung für 40 Kassenmitglieder-Vertreter.
 (Siehe §§ 46 u. 47 des Kassenstatuts u. §§ 37-39 K. V. G.)
 Nur großjährige und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Kassenmitglieder haben durch Vorzeigung ihres vom Arbeitgeber oder von der Kasse ausgefertigten und in Ordnung befindlichen Mitgliedsbuches Eintritt zum Versammlungsort.
 Hieran anschließend:
Ordentl. Generalversammlung
 der gewählten Vertreter der Kasse.
Tages-Ordnung:
 1. Verlesung des Protokolls vom 26. April 1894.
 2. Wahl des Rechnungs-Ausschusses (§ 48 Abs. 2 Nr. 1 u. § 52 Nr. 4).
 3. Neuwahlen für den Vorstand (§§ 36, 37 u. 43 Abs. 2 Nr. 1).
 Es scheiden aus wegen Ablauf der Wahlperiode:
 die Herren S. Zacharias, Max Sperling und Felix Jankowsky.
 Erwahlung für Herrn Heinrich Kurth, wegen Zugehörigkeit zur Jugend.
 1099b
 4. Verlesung des Protokolls.
 Zur Beachtung! Anträgen oder Beschwerden, zu deren Erledigung die Einsicht der Kassen-Register erforderlich ist, werden nur beachtet, wenn dieselben bis 25. November a. c. im Kassenlokal C., Klosterstr. 47, I. schriftlich angebracht worden sind.
 Berlin, den 20. November 1894.
Der Kassen-Vorstand.
 Th. Müller, Vorsitzender.
 Oscar Kraatz, Schriftführer.

Verband aller in der Textil-industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Filialen I., II. und III. Berlin.
 Dienstag, 20. Novbr., Abds. 8 1/2 Uhr, in **Breuer's Salon,**
 Große Frankfurterstraße 74:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag über „Die privatkapitalistische Sündfluth“. Ref.: Genosse M. Hoffmann. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl zum Zentralvorstand. 4. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
Die Vorstände der Filialen.
 Schuhmacher-Bedarfsartikel, Schäftefabrikation und guten Sohlen-Ausschnitt empfiehlt
 1111b
J. Obermaier, Wilhelmstr. 15.

Todes-Anzeige.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser langjähriger Parteigenosse, der **Beber Otto Pilkenroth** am 17. November an der Proletarier-Krankheit verstorben ist.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 21. Nov., Nachm. 3 Uhr, vom städt. Krankenhaus am Friedrichshain aus statt. Um zahlr. Beteiligung ersuchen
 268/6 **Die Vertrauenspersonen.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein braver, fleißiger Mann, unser guter Vater, der
Zischler W. Meyer
 am 16. d. M. in seinem Beruf plötzlich am Gehirnschlag verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. d., 3 Uhr Nachmittags, auf dem Kirchhof der St. Kreuz-Gemeinde in Mariendorf statt. 1112b
 Dies zeigen tiefbetrubt an
Frau Meyer nebst Kindern.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag starb am Herzschlag mein unvergesslicher Mann, der Tischler
Ferdinand Payer.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Novbr., Nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Schönleinstr. 15, aus statt. 1112b

Danksagung.
 Für die zahlreiche Theilnahme und Blumenpende bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Vaters und Großvaters, des Schankwirthes **Heinrich Schulze** sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. 1108b
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
 Für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden u. Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Gradewitz, meinen innigsten Dank. 1116b
Frau Auguste Kopff.

Danksagung.
 Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 5441 L.
Robert Meyer,
 Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
 NB. Um häufigen Verkehr zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Wer
 noch will reell und billig kaufen! Durch Ankauf auf Aktien und von Konkursmassen bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen, wie alle anderen Geschäfte. Ich verkaufe:
 Hochelegante Herren-Winter-Paletots für 11,50 M.
 Damen-Paletots 9,50
 Hochelegante Herren-Anzüge 12,50
 Herren-Dosen 2,75
 Leder- und Arbeits-Hosen 2,35
 Hochelegante Reisser-Jaquets und Hosen 4,75
 Hüte, Schirme, Wäsche, Stiefel, Koffer, Kessel, Betten, Uhren, Ketten, Ringe etc. zu enorm billigen Preisen. 212M
Gustav Lucke, Waarenhaus, Oranienstrasse 131.

Buchhandlung des „Vorwärts“
 Berlin SW., Penth.-Straße 2.
 Neue Erscheinungen:
Gustav Adolff. Ein Fürstentum und Lehr der deutschen Arbeiter.
 Von Fr. Mohring.
 Preis 30 Pf. Porto 3 Pf.
 In herabgesetzten Preisen:
Gedichte von Ludwig Plan.
 Prachtband 2,40 M.
 Leinenbd. 2 M., eleg. brosch. 1,20 M.
 Ladenpreis früher 5,50 M.
 „Postillon“ Nr. 24 10 Pf.
 Vorrätig sind noch:
Warum der Kampf gegen die Sozialdemokratie? . . . 20 Pf.
Vesalozzi's Ideen über Arbeiterbildung und soziale Frage. 40 Pf.
Hans Sachs. Ein Erinnerungsblatt. 25 Pf.
Der Hochverrath gegen die „Mannheimer Volksstimme“. Preis 20 Pf.

Protokoll
 des Parteitags zu Frankfurt
 erscheint am 24. November.
 Bestellungen werden schon jetzt erbeten.

Blumenhandlung
P. Abromoit, Glückerstraße 69,
 Berlin SW. 55472
 Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w.
 Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung. 11095

Achtung! Große Achtung!

Volks-Versammlung
 am Dienstag, 20. November, Abends 8 Uhr, bei **Henke,** (fr. Renz), Raunigstr. 27.
Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Frauen-Agitationskommission. 2. Wahl einer Vertrauensperson. 3. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Richard Fischer.** 4. Diskussion.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen besonders der Frauen erucht
Die Frauen-Agitationskommission.

Grosse Volks-Versammlung

am Mittwoch, den 21. November 1894, Abends 8 1/2 Uhr, im **Elysium, Landsberger Allee 40,**
zum Besten der Arbeiter-Bildungsschule.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **August Bebel** über: Kapital und Einkommen-Konzentration. 2. Diskussion.
 Die Versammlung wird präzis 8 1/2 Uhr eröffnet. 65/4
 Frauen haben Zutritt. **Der Einberufer.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis. General-Versammlung

am Dienstag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von **Zubeil,** Lindenstr. 106:
Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes über seine Thätigkeit. 2. Abrechnung des Kassirers. 3. Vortrag des Genossen **Ch. Glöck** über: Grossbetriebe und Ausbeutung der Arbeiter in der Landwirtschaft. 4. Diskussion. 5. Vereinsangelegenheiten event. Anträge. — Mitgliedsbuch legitimirt. 277/9
Der Vorstand.

Achtung! Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Deffentliche Versammlung

am Donnerstag, 22. Nov., Ab. 8 1/2 Uhr, bei **Gründel,** Brunnenstr. 188 am Rosenthaler Thor.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Wilhelm Siebknecht** über: **Prinzip und Taktik.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 277/10
 NB. Die Mitglieder des Vereins, welche sich noch nicht im Besitz der neuen Mitgliedsbücher befinden, werden ersucht, vor Ablauf des Jahres dieses zu veranlassen.
 Die Zahlstellen des Vereins sind folgende: **Richter,** Neue Königstraße 90; **Levi,** Marienburgerstraße 82; **Weber,** Landsbergerstraße 41; **Fritz Krüger,** Hirtenstr. 10; **Wittschow,** Al. Hamburgerstr. 27; **W. Schmidt,** Louisenstr. 5.
Der Vorstand.

Achtung! Moabit und Wedding. Achtung!
Grosse
Versammlung für Männer u. Frauen
 am Mittwoch, 21. d. M., Abends 6 Uhr, bei **Reichert,** Mäckerstr. 7.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Adolf Hoffmann** über: **Moderne Ehen.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. — Herren und Damen als Gäste sehr willkommen. 120/1
 Zellerammlung findet statt.
Der Vorstand des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. (Filiale Moabit).

Rixdorf.

Mittwoch, den 21. November, Nachmittags 2 Uhr, in Summer's Salon, Berlinerstr. 136:
Deffentliche Partei-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Der Parteitag zu Frankfurt a. M. Berichterstatter Genosse **Kasper** (Egglitz). 265/5
 2. Diskussion.
 3. Wahl der Revisoren.
Die Vertrauensleute.

Zweiter Circus Renz im SW.

Angeichts der überaus zahlreichen Angebote von Plätzen für den in Aussicht genommenen zweiten Circus im SW. bin ich genöthigt, hierdurch zu erklären, daß die Terrainfrage bereits erledigt ist, und daß ich daher auf die vorerwähnten Angebote nicht weiter reflektiren kann.
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Jede Tischlerarbeit, Konfekt, Lische, Schneiderplatten sowie Kupfirtren der Möbel wird billig und dauerhaft angefertigt! 1107b
Geist Laasch, Markgrafenstr. 9.

Orts-Krankenkasse der Cigarrenmacher etc.
 Die Herren Vertreter werden zu der am Dienstag, den 27. November, Abends 8 Uhr, im Restaurant Seefeld, Grenadierstraße Nr. 83, stattfindenden Generalversammlung hiermit eingeladen. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Ergänzungswahl für sechs ausscheidende Vorstandsmitglieder, Wahl einer Kommission zur Vorprüfung der Jahresrechnung, Beschlußfassung über Beitritt zur freien Vereinigung sämmtlicher Krankenkassen, Festsetzung der Kassenstunden, Berichte, Anträge. 11095
Der Vorstand.

Wo speisen Sie?
 In der Pommerischen Küche
Oranienstr. 181
 bei **G. Buckow.**
 Mittag mit Bier 50 Pf., Frühstück u. Abendessen (für 30) 80 L.
Kein Ringbir.
 Zimmer mit Piano zu vergeben.
Armin-Hallen
 Kommandantenstraße Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
 von 20-600 Personen.
 Bitherspieler, die einem Klub beitreten wollen, mögen Adresse niederlegen bei **Kohmann,** Zimmerstr. 22. 1102b
 Bettfl. m. Matratze, Waschtoilette m. Marmorplatt verk. Danzigerstr. 9. S. I.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Gerichts-Beitrag.

Ein Nachspiel zum Streit in der Kuhnheim'schen Fabrik. Vor der ersten Strafkammer am Landgericht II...

Fenster hinaus um Hilfe rufen müssen, da sie kein Abendessen bekommen hatte und ebenfalls nicht zu Bett...

Versammlungen.

Deutscher Bund für Bodenbesitz-Reform. Am Sonntag, den 17. d. M., tagte die 7. Generalversammlung des Bundes...

Diese Schenkung ihres Führers wurde von den Bundesmitgliedern mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen...

Ueber den Werth und Unwerth der Kolonialpolitik sprach demnächst der Major Hollmann (Auerhans) in anerkennenswerth freimüthiger Weise...

Der bisherige Vorstand, Freese, Damaschke-Berlin und Harmening-Gotha, wurde wieder gewählt.

Protokollversammlungen der Berliner Buchdrucker.

Vier hart besuchte Versammlungen der Buchdrucker Berlins, die mit Einmüthigkeit gegen die geplante zwangsweise Einführung...

Ueber die Begründung der Resolution durch die Referenten kann nur in gedrängter Kürze berichtet werden.

Das auch die Berliner Unternehmer zum Theil so denken, geht aus den Ausführungen der Redner auf der Generalversammlung...

Die Versammlung erblickt in der Gründung der Unterstützungsstellen des deutschen Buchdruckervereins einen Versuch...

Die deutsche Kollegen-Gesellschaft wird ersucht, sich unserem Vorgehen anzuschließen...

Die Schaffung eines Gewerkschaftskartells für Schöneberg wurde durch eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung...

Um ungehörige Behandlung eines Diensthofen handelte es sich wiederum in einer Anklage wegen Freiheitsberaubung und Beleidigung...

